

# Volksmacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundstun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Tschirnstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn - 0,39 Rml., monatlich 1,25 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einricht. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zll. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** In 20 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Verleihungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleinere Anzeigen des Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Wahlsieg der Sozialdemokratie in Bremen

### Die Sozialdemokratie gewinnt 5 Mandate. — Die bürgerliche Mehrheit gebrochen.

Bremen, 14. November. (Eigener Funkbericht.)

Die Wahlen zu der Bremer Bürgerschaft verliefen in allgemeiner Ruhe bei einer verhältnismäßig stärkeren Wahlbeteiligung als im Dezember 1924. Das Ergebnis zeigt einen erfreulichen Aufstieg der Sozialdemokratie und einen Rückgang der Stimmen der Rechtsparteien. Auch die Kommunisten konnten ihre Stimmen steigern, blieben jedoch prozentual hinter dem Erfolg der Sozialdemokratie weit zurück. An Mandaten erhält die Sozialdemokratie jetzt bisher 48 insgesamt 51 Mandate, während die Kommunisten von bisher 9 auf 10 stiegen. Die bürgerliche Einheitsliste der Rechtsparteien ging von 40 auf 35 Sitze zurück. Auch die Demokraten verloren von ihren 14 Sitzen zwei, während der Hausbesitz seinen Besitzstand von 8 auf 9 steigerte. Zentrum und Bodenreformer kehren in ihrer alten Stärke in die Bürgerschaft zurück. Das Ergebnis bedeutet, daß die bisherige rein bürgerliche Mehrheit der Bremer Bürgerschaft gebrochen ist. Den 60 bürgerlichen Mandaten stehen jetzt 80 Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber. Eine Koalition aus Sozialdemokraten und Demokraten hat sogar eine Mehrheit.

Das vorläufige Wahlergebnis zeigt folgende Ziffern: 1. Bremen Stadt: Sozialdemokraten 70 201 (58 815), Einheitsliste 48 845 (61 815), Demokraten 17 281 (18 779), Kommunisten 17 775 (14 426), Hausbesitzer 15 334 (12 560), Zentrum 4930 (3612), Bodenreformer 1864 (1997), Unwerthler 1062 (0). 2. Bremen Land: Sozialdemokraten 4730 (3701), Einheitsliste 2688 (2318), Demokraten 1035 (1168), Kommunisten 279 (102).

Das neu gewählte Parlament wird sich wie folgt zusammensetzen: Sozialdemokraten 51 Sitze (46), Einheitsliste 35 (40), Demokraten 12 (14), Kommunisten 10 (9), Hausbesitzer 9 (8), Zentrum 2 (2), Bodenreformer 1 (1).

## Auch in Danzig siegt die Sozialdemokratie.

### Die Rechtsmehrheit gebrochen. — Die Sozialdemokratie gewinnt 40 Prozent.

Danzig, 14. November. (Eigener Funkbericht.)

Die am Sonntag durchgeführten Wahlen zur Volksvertretung in Danzig verliefen, abgesehen von einem Zusammenstoß in der Vorstadt Langfuhr, ruhig. Das Ergebnis zeigt einen starken Aufschwung nach links, insbesondere die Sozialdemokratie hat sich ausgezeichnet geschlagen. Die Sozialdemokratie steigerte ihren bisherigen Besitzstand um rund 40 Prozent. Große Verluste haben dagegen die Deutschen Nationalen zu buchen. Die Polen sind ebenfalls stark zurückgegangen. Praktisch kommt das Ergebnis dadurch zum Ausdruck, daß die bestehende Regierungskoalition zerfallen ist und eine neue Regierung nur unter Einfluß der Sozialdemokratie gebildet werden kann.

Das vorläufige Ergebnis weist folgende Stimmenziffern auf: Sozialdemokraten 61 677 (39 755), Kommunisten 11 695 (14 962), Deutsche Nationale 35 816 (44 459), Deutsch-Liberale (Demokraten) 6200 (11 009), National-liberale Bürgerpartei 8329, Deutsch-Soziale Partei 2116 (10 301), Zentrum 26 090 (21 114), Nationalsozialisten 1483, Danziger Volkspartei 8008 (7405), Beamte 4227.

An Mandaten erhält die Sozialdemokratie jetzt bisher 39, die Deutschen Nationalen gingen dagegen von 33 auf 25 zurück. Der Besitzstand der Kommunisten verringerte sich von 11 auf 8.

## Weiterer Wahlerfolg der Sozialdemokratie

### Bei den mecklenburgischen Kommunalwahlen.

Rostock, 14. November. (Eigener Funkbericht.)

Die am gestrigen Sonntag fortgeführten Kommunalwahlen in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz führten auch weiterhin zu einem erfreulichen Aufstieg der Sozialdemokratie. In Rostock brachten sie es von bisher 10 388 Stimmen auf 15 124 und steigerten so ihre Mandatsziffer von 19 auf 26. Die Kommunisten gingen dagegen von bisher 5 auf 3 Mandate zurück und büßten von ihren 2908 Stimmen bei der letzten Stadtverordnetenwahl über 800 ein. Die bürgerliche Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft ging geradezu kata-

strophal zurück. Sie konnte von ihren 20 Mandaten ganze 13 retten. Auch die Bäckischen verloren von ihren 6 Mandaten 4. Die Demokraten verloren von ihren bisherigen zwei Mandaten eins.

Ein ähnliches Ergebnis zeigen die Wahlen in Warnemünde. Die Sozialdemokratie konnte hier ihre Stimmen um 25 Prozent steigern.

## Die Wahlen in Hessen.

### Allgemeiner Stimmenrückgang wegen schlechter Wahlbeteiligung. — Die alte Regierungsmehrheit erhalten. Zusammenbruch der Deutschnationalen. — Erfolg der Kommunisten.

Darmstadt, 14. November. (Eigener Funkbericht.)

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum hessischen Landtag verliefen unter einer auffallend schwachen Wahlbeteiligung. Auf dem Lande wurden knapp 50 Prozent der Stimmen abgegeben. Auch in den größeren Städten betrug die Wahlbeteiligung im Durchschnitt kaum mehr als 65 Prozent. Insgesamt dürfte überhaupt nur die Hälfte der zur Wahl berechtigten hessischen Staatsbürger gewählt haben.

Die Folge dieser Wahlflaute zeigt sich im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 in einem allgemeinen Rückgang der Stimmen für alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten. Prozentual am stärksten oder geradezu katastrophal hat die Deutsche Nationale Volkspartei gelitten, trotzdem sie sich seit Jahren in der Opposition befindet und gegen die Sozialdemokratie die infamste Agitation getrieben hat. Von ihren bisherigen sechs Mandaten konnte sie ganze drei behaupten. Das entspricht einem Stimmenverlust von 50 Prozent. Auch die Deutsche Volks-

partei, die schon bei den letzten Wahlen stark an Stimmen einbüßte, hat ebenfalls trotz ihrer Oppositionsstellung gegen die Regierung der Weimarer Koalition und gegen die Regierungsparteien diesmal ein weiteres Mandat verloren. Der Landtag hat zwar prozentual auch verhältnismäßig stark an Stimmen eingebüßt, konnte aber in Anbetracht der schwachen Wahlbeteiligung seine Mandatsziffer halten. Das Zentrum dagegen gewann zwei Mandate, trotzdem auch seine Stimmenziffern im Vergleich zu den Landtagswahlen 1924 von 100 384 auf 65 448 zurückgingen. Die zum ersten Male in Hessen aufgetretene Volksrecht-Partei eroberte mit 24 166 Stimmen insgesamt drei Mandate.

Die Sozialdemokratie, die sich bei den letzten Wahlen der letzten Wochen im ganzen Reich auf dem Vormarsch zeigte, hat selber auch unter der schwachen Wahlbeteiligung leiden müssen. Die verhältnismäßig starke Erwerbslosigkeit und die finanziellen Folgen der militärischen Belagerung haben zu diesem Ergebnis nicht unwesentlich beigetragen. Immerhin zeigt ein Vergleich der von der Sozialdemokratie erzielten Stimmenziffern bei den Kommunalwahlen im Jahre 1925 und dem jetzt erzielten Wahlergebnis, daß die SPD ihre Stimmen gehalten hat. Aber der schon damals zu verzeichnende Stimmenverlust im Vergleich zu den Wahlen 1924 ist auch diesmal leider nicht aufgeholt worden. Das muß zu denken geben, und es wird die Aufgabe der hessischen Parteioberleitung sein müssen, sich bald darüber schlüssig zu werden, wie wenigstens bis zu den nächsten Reichstagswahlen der sehr bedauerliche Verlust aufzuholen ist und mindestens die Stimmenzahl vom Jahre 1924 wieder erreicht werden kann. Damals wurden für die Sozialdemokratie 220 108 Stimmen abgegeben. Diesmal waren es 157 289, in Mandaten umgerechnet bedeutet das einen Verlust von bisher 26 Sitzen auf 24. Die Kommunisten haben zwar zwei Mandate gewonnen und stehen jetzt mit sechs Vertretern in den neuen Landtag ein, obwohl ihr Gewinn an Stimmen nicht einmal 10 000 beträgt. Sie erzielten im Jahre 1924 33 639 und jetzt 41 199 Stimmen. Das zeigt, daß ihnen der Verlust der Sozialdemokratie keineswegs zugute gekommen ist und durchaus die Möglichkeit besteht, bei einiger geschickter Agitation den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen wieder wettzumachen.

Für die Regierungskoalition bedeutet das Ergebnis eher einen Erfolg als eine Niederlage. Von ihren bisherigen 43 Sitzen hat sie zwar einen verloren, aber das sagt in Anbetracht der schwierigen finanziellen Verhältnisse, in denen sich das Land

# Riesenausperrung in der Zigarren-Industrie.

## Ueber 100 000 Zigarrenarbeiter müssen auf die Straße.

W heute werden also — ja will es die Brutalität der Zigarrenfabrikanten — weit über hunderttausend Zigarrenarbeiter ausgesperrt. Zur Bemäntelung ihres brutalen Vorgehens verlegen sich die Zigarrenfabrikanten zu Ausflüchten, die in ihrer Rücksichtlosigkeit geradezu grotesk wirken und stark an die berühmte Fabel vom Wolf und Lamm erinnern. Die ob ihrer Geldstöße übermütig gewordenen Tabakarbeiter haben den armen Zigarrenfabrikanten das Wasserleit getrübt, sodaß diese ihren Protest nicht mehr stillen können. Man könnte über die faulen Ausreden hinweggehen, wenn die Fabrikanten nicht gerade jetzt, wo die Dinge sich zugespitzt haben, die Öffentlichkeit mit ihrem Verbrechen zu verwirren versuchen.

Weil irgendwo in Sachsen ein paar Zigarrenarbeiter angeblich in einem „wilden Streik“ eingetreten sind, darum sollen nun auch in Baden, Schlessen, Westfalen und sonst überall die Zigarrenarbeiter ausgesperrt werden. Was es mit diesen wilden Streiks für eine Bewandnis hat, zeigt am besten das Verhalten der Leipziger Firma Dammann, Bernhalm & Schmidt. Am 7. Oktober hat diese Firma an ihren Betriebsrat folgendes Schreiben gerichtet: „Nachdem die Sortierer, Ristenmacher und Fertigmacher beschlossen haben, morgen in den Streik zu treten, sehen wir uns veranlaßt, der künftigen Belegschaft unserer Firma zum nächsten Freitag zu kündigen.“ Die genannte Firma hat also der Belegschaft schon gekündigt, als die Sortierer, Ristenmacher und Fertigmacher noch gar nicht die Arbeit eingestellt hatten. Und da spricht man von „wilden Streiks“. Mit viel mehr Recht kann man von einer wilden Ausperrung sprechen.

Die Zigarrenfabrikanten haben ein schlechtes Gewissen. Sie sind deshalb ihrer Sache auch gar nicht sicher, und ebendeshalb auch die geradezu drakonischen Maßnahmen, die die Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Zigarrenhersteller beschloßen hat. Die Leitung verlangt, daß ab Montag nur keine Arbeiter mehr in den Betrieben befinden. Etwaige Verstöße sollen sofort der Zentrale gemeldet werden. Nach Abschluß der Ausperrung soll auf eine Zeit von acht Wochen keine Mitgliedsfirma einen Arbeiter einstellen, der zur Zeit des Ausperrungsbeginns bei einer anderen Mitgliedsfirma beschäftigt war, wenn nicht ein besonderes Einverständnis zwischen den beiden Firmen getroffen ist. Diese scharfen Anordnungen sind erfüllt, wenn man sich vergegenwärtigt, wie stark die Opposition gegen die Ausperrung

sich geltend gemacht hat. Das Durcheinander in gewissen Teilen des Reiches, wie zum Beispiel in Baden, wo erst zum Zwecke der Ausperrung gekündigt wurde, dann die Kündigungen wieder zurückgenommen und schließlich wieder erneuert wurden, ist überaus bezeichnend. Es muß viel Mühe gekostet haben, die widerstrebende Opposition gegen den Ausperrungs-Bahnsinn zu beschwichtigen.

Brutal und zynisch ist die vom Zaune gebrochene Ausperrung. Brutal und zynisch ist die Erklärung der Unternehmer vor dem Reichsarbeitsministerium, daß sie weder grundsätzlich noch wirtschaftlich in der Lage seien, irgendein Zugeständnis zu machen. Sollen denn die Löhne, die selbst nach der Meinung bürgerlicher Blätter, wie z. B. der „Frankfurter Zeitung“ nicht ausreichen, um des Lebens Notdurft zu decken, verworfen werden? Das Elend der Zigarrenarbeiter ist schon längst in Baden, in Familienelend und Wohnungsnot, in Himmelschreiende Zustände herrschen in den Tabakdörfern. Wer je einmal in seinem Leben einen Blick in die Arbeits- und Lebensverhältnisse der von Entbehrung und Krankheiten gemarterten Tabakarbeiterkassen vor allem auf dem Lande gemessen hat, der empfindet Ekel und Grauen vor der Ausperrungsbrutalität der Zigarrenfabrikanten. Das Tabakarbeiterelend, vor allem auf dem Lande, erinnert stark an das berühmte Weimarer Frühjahrsfest. „Wir sind ein dahinsiechendes Volk!“ Dieser Verzweiflungsschrei, der in den Tabakarbeiterversammlungen Süddeutschlands laut geworden ist, wird begründlich, wenn man weiß, daß je manche Tabakarbeiterin ganze neun Mark die Woche verdient, wovon noch drei Mark für die Pflege der Kinder abgehen, die tagsüber sonst irgendwo untergebracht werden müssen, weil die Mutter in die Fabrik gehen muß. Nicht Hütten, sondern nur Wägen sind es, in denen Tausende von Tabakarbeiterfamilien hausen müssen — Wohnungen, verfallen und marod wie die Gesundheit ihrer Bewohner.

Es merkt man schon in der Zigarrenindustrie, wie die Produktion auf aufgebaut ist auf jedem Arbeiterelend. Können die Zigarrenfabrikanten wirklich nicht anders, als die Arbeiter auszusperrn? Warum kann die G. G. G. die Produktion nicht selbst übernehmen? Warum kann die G. G. G. nicht die Arbeiter besser bezahlen? Warum kann die G. G. G. nicht die Arbeiter mit der gemeinsamen Produktion nicht mitnehmen, denn haben sie sich selbst gekümmert.



Sellen befindet und in Anbetracht der trotzdem vorfindlichen strengen Politik der Oppositionsparteien nicht viel. An der letzten Mehrheitsbildung dürfte sich deshalb kaum etwas ändern.

Auf Grund des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses haben ergeben: Sozialdemokraten 157 289 (220 108), Zentrum 98 416 (100 384), Demokraten 27 780 (53 801), Landbund 61 987 (62 742), Deutschnationale 24 913 (43 717), Kommunisten 41 100 (33 880), Deutsche Volkspartei 51 855 (73 000), Aufwertungspartei 24 106 (0).

Die Mandate im neuen Landtag werden sich voraussichtlich wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 24 (26), Zentrum 18 (21), Demokraten 5 (6), Landbund 9 (9), Deutschnationale 3 (6), Kommunisten 6 (4), Deutsche Volkspartei 7 (8), Aufwertungspartei 3 (0).

Dortmund, 14. November. (Eigener Funkbericht.) Die Kommunisten haben zwei Drittel ihres Stimmengewinns bei den hessischen Landtagswahlen allein in der Stadt Offenbach am Main erhalten. Offenbach ist fast von der Erwerbslosigkeit betroffen.

### Otto Braun rechnet ab

Hamborn, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Der preussische Ministerpräsident Braun sprach am Sonntagabend in Hamborn über die politische Lage. „Die Lohnbewegungen“, so führte er dabei aus, „sind die unausbleiblichen Folgen einer preistreibenden Zoll- und Monopolpolitik, durch die die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Arbeiter auf Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter dringen müssen. Der Konkurrenzkampf der Industrie auf dem Weltmarkt darf nicht vornehmlich auf dem Rücken der Arbeiter ausgetümpelt werden. Nötig ist eine vernünftige Zoll- und Handelspolitik, die unter der Herrschaft des Bürgerblocks jedoch unter starken agrarischen Hemmungen leidet.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Ministerpräsident auch auf die Anleihepolitik zu sprechen, wobei er der Auffassung der Reichsregierung beipflichtete, „daß jede unter Berücksichtigung der heutigen Gesamtlage nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland, sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei.“ Leider, so fuhr er fort, ist im Reichshaus halt diesen Grundfragen nicht immer Rechnung getragen, was u. a.

die Filialgeschäfte des Reichswehrministeriums beweisen. Der Behauptung in der Denkschrift des Reparationsagenten, daß die Gemeinden und Länder, „als Ganzes genommen, über ihre Mittel leben“, widersprach Braun. Die Mittel für die den Ländern und Gemeinden obliegenden Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete kann die heutige Generation nicht allein aufbringen, hier muß eine gesunde Kreditpolitik eine Verteilung auf spätere Generationen vornehmen. Preußen hat in den Jahren nach dem Kriege eine überaus vorzügliche Anleihepolitik betrieben. Seine Anleihen im Betrage von etwa 330 Millionen stellen eine verschwindende Belastung dar gegenüber dem Vermögen des preussischen Staates. Die Anleihen Preußens sind nur zu produktiven Zwecken, vornehmlich für Bodenverbesserungen, Hofen- und Wegebauten sowie zur Rationalisierung der staatseigenen Betriebe verwendet worden.

Auf das Schulgesetz eingehend, bemerkte der Ministerpräsident, daß die Kostenfrage, wie bei diesen Reichsgesetzen der letzten Jahre, nicht hinreichend gewürdigt worden ist:

„Daß erhebliche, in die Millionen gehende Mehrkosten durch die Ausführung des Schulgesetzes erheben werden, ist außer Zweifel. Diese Mehrausgaben sind völlig unproduktiv.“

Wie notwendig die Erhöhung der Beamtengehälter ist, erhellt daraus, daß sie auch nach den vorgeesehenen Erhöhungen zumeist noch längst nicht die Friedensgehälter erreichen. Das Problem, die öffentlichen Lasten zu verringern, kann nicht gelöst werden durch Niedrighaltung der Besoldung, sondern durch eine durchgreifende Reform der Verwaltung. Der unrationelle, komplizierte staatsrechtliche Aufbau des Reiches muß von Grund auf geändert werden. Der jetzige Zustand mit seinen zahlreichen kleinen und kleinsten Ländern mit eigenen Regierungen, Parlamenten und Verwaltungen kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten

werden. Den Erfolg einer detailmässigen Verwaltung kann sich kaum ein reiches Land, geschweige ein verarmtes wie das Deutsche Reich leisten. Hier kann nur durch die Vereinheitlichung des Reiches unter Berücksichtigung der Stammeseigenheiten und der Verschiedenheiten in der wirtschaftlichen und kulturellen Struktur der einzelnen Reichsgebiete in einer weitgehenden Provinzialautonomie wirksame Abhilfe geschaffen werden. Es bleibt nur das Vorwärts zum Einheitsstaat, der allein die notwendige Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung ermöglicht.“

### Papen hat doch gesiegt.

Magregelung des Chefredakteurs der „Germania“. Vergleichliches Vertreten hinter formellen Organisationsänderungen. Berlin, 12. November. (Eigener Bericht.)

Zwischen der „Rölnner Götter-Gaus G. m. b. H.“ (Verlag der „Rölnischen Volkszeitung“) und der „Germania“ A. G. für Verlag und Druckerei in Berlin ist am Sonntagabend, um eine einheitliche Vertretung des Zentrumsprogramms und der Interessen des katholischen Volksteiles zu sichern, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden. Beide Blätter, die „Rölnische Volkszeitung“ und die „Germania“, bleiben in ihrem Verlag und Redaktion selbständig. Es soll indes sowohl in außen- wie in innerpolitischen Fragen eine enge Fühlungnahme zwischen den beiden führenden Blättern erreicht werden.

In den Aufsichtsrat der „Germania“ werden Vertreter der „Rölnischen Volkszeitung“ einziehen und umgekehrt soll eine Vertretung der „Germania“ im Verwaltungsrat der „Rölnischen Volkszeitung“ hergestellt werden. Der bisherige Hauptschriftleiter der „Germania“, Herr Orth, scheidet aus keinem Verhältnis zur „Germania“ aus und übernimmt die Leitung der Berliner Blätter der „Rölnischen Volkszeitung“. Der bisherige Leiter dieses Blattes, Herr Dr. Buchta, übernimmt die Hauptschriftleitung der „Germania“.

Dieser Schritt sind tagelange Verhandlungen vorausgegangen. Sie bezogen sich auf den Konflikt zwischen dem Chef der „Germania“, Hermann Orth, und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats von Papen. Mit der angekündigten Interessengemeinschaft hatten sie nichts zu tun. Diese Interessengemeinschaft ist überhaupt ein Fall für sich. Sie wurde lebhaft erkundet, um nach außen den Eindruck zu erwecken, als ob die Veränderung innerhalb der Chefredaktion der „Germania“ sachlich begründet wäre. In Wirklichkeit ist Orth ein Opfer seiner politischen Ueberzeugung geworden. Er muß gehen, während der deutsch-nationale Zentrumsführer von Papen bleibt.

### Reinfall der bayerischen Regierung.

Das Ermächtigungsgezet ungültig. München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Ermächtigungsgezet der Regierung Heib, mit dem die Staatsvereinfachung auf dem Wege der Verordnung durchgeführt werden soll, wurde gestern von den Sozialdemokraten im Landtag auf das heftigste bekämpft, u. a. auch mit der Begründung, daß ein solches Ermächtigungsgezet, mit dem Gerichtsorganisationsänderungen verbunden werden sollen, verfassungswidrigem Charakter hat und infolgedessen für seine Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Justizminister Gärner hat damals den sozialdemokratischen Standpunkt scharf abgelehnt und durch sein sogenanntes sachmässiges Urteil die Regierungsvorlage gerechtfertigt. Nunmehr aber wurde durch ein Gutachten des Obersten Bayerischen Landesgerichts die sozialdemokratische Auffassung vollkommen gerechtfertigt, so daß die Regierung nunmehr gezwungen ist, vom Landtag einen neuen gesetzgebenden Akt zu verlangen, wenn sie ihre Staatsvereinfachungspläne nicht einfach scheitern lassen will. Das Verhalten des deutsch-nationalen Justizministers Gärner aber ist ein neuer Beweis dafür, daß er immer schon bereit war, klare Bestimmungen der Verfassung politischen Zweckmäßigkeitsgründen zu opfern.

### Weitere Niederlage der bayerischen Regierung.

Allgemeine Ablehnung der Kopfsteuer durch die Städte. München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Mit der in Bayern seit dem Sommer dieses Jahres eingeführten Kopfsteuer hat sich die bayerische Regierung eine

unerwartet große Niederlage bereitet. Nach den Erhebungen des Bayerischen Städtebundes haben von den 180 bayerischen Städten nur zwölf die Erhebung dieser Steuer beifolgt und auch diese nur unter dem äussersten finanziellen Druck, dem die städtischen Kommunen in Bayern durch den diktatorisch verfügten innerbayerischen Finanzausgleich ausgesetzt sind. In 78 Städten ist die Kopfsteuer überhaupt nicht abgelehnt worden, in 42 wurde noch kein Beschluß gefasst, was in der Mehrzahl der Fälle einer Ablehnung gleichkommt. Die Blamage für die bayerische Regierung ist um so größer, als gerade aus den Städten, in denen die Parteien der Regierungskoalition die uneingeschränkte Mehrheit besitzen, die schärfsten Proteste zu hören belam. Aus den Antworten, auf die Rundfrage des Städtebundes geht ferner hervor, daß die Kopfsteuer überall, auch da wo sie eingeführt wurde, als höchst unsozial, roh und rückwärtschrittlich empfunden wird.

Der Stadtrat Würzburgs, dessen bürgerliche Mehrheit sich im wesentlichen auf die Bayerische Volkspartei stützt, lehnte die Steuer ab mit der Begründung, daß sie in ihrer rohen, unsozialen Form einen Rückfall schimmischer Zeiten in vergangene Zeiten bedeute.

### Ein Kriegsheger niedergeschrien.

Die französischen Kriegsteilnehmer wollen Herrn Maginot nicht hören. Paris, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Versuch der französischen Kriegsteilnehmerverbände, sich auf eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Kriegsoffer zu einigen, hat bereits in der ersten Sitzung des in Versailles zusammengetretenen „Congrès des Generalstaaten des blutenden Frankreich“ zu einem kläglichen Fiasko geführt. Es genügt, daß Herr Maginot, der ehemalige Kriegsminister Poincarés und Organisator der Ruhrbesetzung, sich hemmte, die politischen Leidenchaften aufkommen zu lassen, um einen Tumult zu entfesseln, der die Fortführung sachlicher Verhandlungen unmöglich machte. Alle Bemühungen des Präsidiums, Herrn Maginot Gehör zu verschaffen, blieben vergeblich. Die den Unterpunkten nachstehenden Delegierten blieben bei ihrer Weigerung, einen so fanatischen Nationalisten und Kriegsheger zu Worte kommen zu lassen.

### Rein Haftbefehl gegen Förster.

Mitlich wird gemeldet: Die Nachricht, daß der Berliner Untersuchungsrichter Dr. Grasse gegen den bekannten bayerischen Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Förster Haftbefehl wegen Landesverrats erlassen habe, ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, unrichtig.

### Hausdurchsuchung bei der SPD.

Berlin, 12. November. In der Zentrale der Kommunistischen Partei wurde heute mittag auf Anordnung des Oberreichsanwaltes durch die Berliner Kriminalpolizei eine Hausdurchsuchung veranstaltet. Die Hausdurchsuchung steht laut „Vorwärts“ offenbar im Zusammenhang mit dem Hochverratsprozeß gegen die Zentrale. Nach anderen Blättern handelt es sich dabei um die Beschlagnahme der Broschüre „Der Weg zum Sieg“, die seitens des Oberreichsanwaltes angeordnet worden ist.

### Parlamentarischer Beirat des Reparationspolitischen Ausschusses.

Berlin, 12. November. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat Reichsfinanzminister Dr. Brüning im Anschluß an den jetzt gebildeten Reparationspolitischen Ausschuss ein Gremium von Parlamentariern einberufen, dem die Abgeordneten Hilsberg (Soz.), Dernburg (Dem.), Brüning (Ztr.), Dautz (Wp.), Quack, (Dnat.), Reich (Bayr. Wp.) und Bredt (Wirtschp.) angehören.

### Ruhe in Wien.

Aufmarsch der Wiener Sozialdemokratie zur Republikfeier. Wien, 12. November. Der heutige Feiertag der Republiktag von der Wiener Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Aufmarsch über die Ringstraße, ist unter sehr großer Teilnahme der Arbeiterklasse in vollkommener Ruhe verlaufen.

### Umtsenthaltung Smirnows.

Moskau, 13. November. Wie „Iswestija“ meldet, hat das Präsidium des Zentralerekutivkomitees beschloffen, den Volkskommissar für das Post- und Telegraphenwesen Smirnow seines Amtes zu entheben. Mit der Leitung des Volkskommissariats wurde vorläufig Sjubawitsch beauftragt.

### Ein Anschlag auf General Obregon gescheitert.

Mexiko, 13. November. Ein erfolgloser Versuch wurde heute unternommen, General Obregon, den früheren Präsidenten Mexikos und Kandidaten für die Präsidentschaft, zu ermorden.

### Der falsche Wein.

Leben und Abenteuer von Harry Dorela. Im Gefangnis zu Köln von ihm selbst geschrieben. Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A. G., Berlin W. 50.

„Es geschah doch nur Eurer Königlichen Hoheit wegen“ „Na, na“ meinte ich mit dem Finger über die Stirn. Der Direktor beruhigte sich wieder und sagte: „Nebenbei hat Hofsekretär Sch. vom „Kurier Hof“ vor einer Stunde aus Erfurt angelernt. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ hat einen aus dem Mittel in Interesse Eurer Königlichen Hoheit geschrieben. Ich konnte kaum unterlassen, zusammenzugehen. Leibel noch mal! Jetzt wurde es ernst. „Volkshut“ und „Tribüne“ sind Provinzialblätter, aber die „Mitteldeutsche Zeitung“ ist die größte Zeitung Thüringens, die wird auch in Berlin gelesen. Wie leicht könnte plötzlich aus Berlin berichtet werden, Prinz Wilhelm sei er nicht in Götting, sondern in Bonn. Als ob es kämpele über mich heruntergeritten hätte, fuhr der Direktor fort: „Ja, Königliche Hoheit, wie ein Mann hat auch noch andere Blätter für Sie eingekauft. Warum sollten Königliche Hoheit auch nicht hier in Götting zu Besuch wollen? So haben sich die „Leipziger Nachrichten“ für Euer Kommando gegen den Feind erklärt. Und die „F. J. am Mittag“ hat über Euer Königliche Hoheit auch einen Bericht geschrieben.“ Herrgott im Himmel dachte ich. Haben Sie die Blätter hier? „Ja“, sagte der Direktor, „aber der ganz einfach zusammengekauft. Leider nicht Königliche Hoheit. Ich behaupte ausdrücklich.“ Warum denn nicht? Warum erlauben Sie mir denn diesen Bericht zu lesen? „Sie können ihn mir zeigen.“ „Der Direktor hat mich vergeblich versucht, mich per Dose und auch durch die Hand.“ „Ja, er hat mich per Dose und auch durch die Hand.“ „Ja, er hat mich per Dose und auch durch die Hand.“

„Nun, und?“ — „Heute tagt hier in unserem Saale der „Deutsche Bund“. Jedermann ist von der Anwesenheit Eurer Königlichen Hoheit unterrichtet. Man würde über das Erscheinen Eurer Königlichen Hoheit in der Gesellschaft glücklich sein. Aber da Königliche Hoheit inkognito sein mag, man nicht Euer Königliche Hoheit persönlich darum zu ersuchen. Eben war ich dabei und bin von allen Seiten beläutert worden, Euer Königliche Hoheit hat zu bitten, das Recht, wenn auch nur für einen kurzen Augenblick, mit Eurer Königlichen Hoheit Anwesenheit auszuzeichnen.“ Ich schiebte innerlich vor Aufregung über die Nachrichten der Zeitungen. Jeder Augenblick konnte der Glanz der Hofgesellschaft sein. „Ich habe mich nicht getraut, mich zu erheben.“ „Ueber zweihundert Personen, darunter der ganze Hof aus der Umgebung, waren anwesend. Wie ist nicht befürchten auszufallen? Konnte nicht jemand den wackeligen Prinzen kennen? Wie aber, wenn ich fernbleibe, gefährlich für mich, würde ich nicht gerade dadurch ausfallen? Ich überlegte. „Jetzt war ich ins Blick der Deutlichkeit gesetzt worden, in den Streif der Parteien. Ungezählte Hände strahlen eine Ränge für mich. Jeden Augenblick konnte ich entlarvt werden.“ „Abgehen?“ „Wahrscheinlich.“ „Nein, jetzt gerade! Immer wieder möchte ich auf die hellsten Augenblicke zurück, hinter der alle E. Kommande haben, den Prinzen Wilhelm von Preußen, erwarteten. Mit der Größe der Gefahr liegt der Anreiz, meine Rolle bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, ins Unvergleichliche. Es würde mir in den Ringen stehen, denen da drinnen eine Diktatur zu errichten, über die alle Welt lachen sollte. Möchten sie sich doch hüten, so gut sie könnten, diese hochmütigen, verachtend-verachtlichen Gesichter. Sie sollten ihren Prinzen haben, vor dem sie in Volkstümlichkeit erschauern konnten. Die große Szene begann.“ „Wahrscheinlich.“ „Nein, jetzt gerade! Immer wieder möchte ich auf die hellsten Augenblicke zurück, hinter der alle E. Kommande haben, den Prinzen Wilhelm von Preußen, erwarteten. Mit der Größe der Gefahr liegt der Anreiz, meine Rolle bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, ins Unvergleichliche. Es würde mir in den Ringen stehen, denen da drinnen eine Diktatur zu errichten, über die alle Welt lachen sollte. Möchten sie sich doch hüten, so gut sie könnten, diese hochmütigen, verachtend-verachtlichen Gesichter. Sie sollten ihren Prinzen haben, vor dem sie in Volkstümlichkeit erschauern konnten. Die große Szene begann.“

hufe an die Hand küssen dürfe. Also jetzt aufgepaßt, ob sie die Hand zum Kusse heben oder nicht. Es klapperte glänzend. Die Vorstellung dauerte einige Minuten, wobei nur die vornehmsten Damen sich präsentierten, lauter frühere Hofdamen. Dann nahmen mich einige von ihnen, alle Engelchen, in ihre Mitte, und wir schritten, von einer ganzen Kanakade begleitet, zum Park, wo die Verkaufsdamen hinter den Tischen bei meinem Anblick wieder in einen tiefen Knick erstarben. „Wir haben einen kleinen Wohlstandsbefehl aufgegeben“, meinte die Vorsteherin, eine alte Excellenz, zu mir. „Ist alles ein wenig improvisiert. Doch haben wir nicht ahnen können, welche Ehre uns erwartete. Freilich haben wir Euer Königliche Hoheit Mutter in einem Schreiben gebeten; unserem Fest durch ihre hohe Anwesenheit einen besonderen Glanz zu verleihen. Doch war diese Hoffnung allzu vermessend von uns. Und nun diese Ueberraschung! Diese Ehre, den Sohn, Euer Königliche Hoheit, unter uns zu sehen!“ Ich strahlte, sie würde gleich vor Mirung losheulen. „Dürfte ich Königliche Hoheit vielleicht um die Gnade bitten, sich einige von diesen Sachen anzusehen. Es kommt nur ganz konigstreuen braven Deuten zugute.“ Auf ihren Wink breiteten die Verkaufsdamen verschiedene Handarbeiten vor mir aus. „Sehen Königliche Hoheit diese wunderbare Tischdecke, von deutschen Frauen gestickt.“ Ich hatte keinen Pfennig mehr in der Tasche. „Direktor!“ Der Direktor tauchte legendwies aus dem Hintergrunde auf. „Ich sehe, ich habe momentan nur kleines Geld in der Tasche. Bezahlen Sie bitte nachher im Büro die Summe, die Ihnen die Damen angegeben haben.“ — „Jawohl, Königliche Hoheit! Zumiel Ehre!“ Ich lachte mir einiges, darunter die Tischdecke, aus. „Sachen, die der Direktor wohl heute noch haben muß.“ „Ja, hoffe“, sagte ich zur Excellenz, „Ihnen von meiner Mutter, der Frau Kronprinzessin, eine größere Summe überweisen zu können. Momentan ist meine Kasse leer.“ — „Das ist sehr schön. Ein junger Mann hat auf Reisen nie viel bei sich.“ — „Ja, gnädig! Wir haben Euer Königliche Hoheit für die Gnade aufs innigste verbunden. Wir danken aufrichtig.“ — „Ich habe den Damen hinter dem Verkaufstisch zu und schritt in den Saal zurück, die ganze Esforte hinterher. Die alte Excellenz tauchte, mich unmerklich mit sanften Stichen lachend, auf einen Tisch zu, an dem ein Herr, der sehr schön aussehender älterer Herr erhob. Er kam aus einige Schritte entgegen, neigte sich tief und erwartete mich. Die alte Excellenz neigte sich vor. „Königliche Hoheit, der erste Besondere des Deutschen Bundes.“ Professor E. „Ich reichte ihm die Hand.“



# Die schlechende Koalitionstrife.

## Neue Gegensätze in der Regierungskoalition. — Eine neue Schlappe des Zentrums.

Kr. Das Zentrum ist bekanntlich in den letzten Wochen innerlich der gegenwärtig herrschenden Regierungskoalition immer mehr in eine Stellung geraten, die alles andere als angenehm ist. Auch die Lage der gegenwärtigen Regierung und der gegenwärtigen Mehrheit hat sich von Woche zu Woche verschlechtert, weil in der Koalition selbst sich neue, tiefgehende Gegensätze neben den schon bestehenden älteren Gegensätzen haben. Was den Gegensatz in der Frage der Reform der Beamtenbesoldung angeht, den ein Teil der Zentrumspresse, nämlich die kleinen Provinzialblätter, immer noch zu leugnen sucht, obwohl der Zentrumsführer Dr. Stegerwald seinen Kampf gegen die Reform in alle Öffentlichkeit führt, so ist nur, damit der Humor bei der Sache nicht fehlt, darauf hinzuweisen, daß das durch seine Unvorsichtigkeit das Schmunzeln aller Wissenden hervorrufende Breslauer Zentrumsblättchen am Sonnabend abend sogar die Behauptung aufstellte, daß nicht das Zentrum gegenüber der Besoldungsvorlage kritisch gestimmt sei, sondern am gleichen Tage die „Tägliche Rundschau“ wieder einmal im Hinblick auf die vorliegenden Tatsachen feststellte, sondern daß die Haltung der beiden anderen Regierungsparteien der Besoldungsvorlage gegenüber fraglich sei, obwohl die Reichstagsfraktionen dieser Parteien gerade an den beiden vorhergehenden Tagen einmütige Beschlüsse gefaßt hatten, daß an der Besoldungsvorlage festgehalten werden solle. Eine solche Verdrehung der klaren Tatsachen nennt dieses Blättchen wahrheitsgemäße Berichterstattung, und es plüßert sich wie ein Vater auf, wenn jemand seine Augen festmagelt.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß zwar in der Reichstagsfraktion des Zentrums wohl schließlich eine Mehrheit für die Besoldungsvorlage vorhanden sein wird, daß es aber bisher noch immer nicht gelungen ist, den Widerstand des linken Flügels der Zentrumspartei unter der Führung des Dr. Stegerwald vollständig zu überwinden, und daß deshalb die interfraktionellen Beratungen über die Besoldungsvorlage noch zu keinem Ende gekommen sind. Es wird allerdings allgemein angenommen, daß trotzdem die Besoldungsvorlage gesichert ist. Wie groß aber immer noch die Gegensätze in dieser Frage sind, ergibt sich daraus, daß man noch immer nicht die kritischen Fragen im Haushaltsauschuß des Reichstages erledigt, sondern deren Erledigung auf später vertagt hat.

Zu einer neuen Gefahr für die Regierungskoalition droht sich dagegen immer mehr das Reichsschulgesetz auszuweiten. Es ist ganz offensichtlich, daß sich in den letzten Wochen der Widerstand gegen den Reubellischen Entwurf in der Deutschen Volkspartei sehr verstärkt hat. Zwar konnte sich die Reichstagsfraktion der Partei bisher nicht entziehen, offen gegen die Annahme dieses Entwurfes Widerstand zu leisten und seine Vertreter im Ausschuß zu beauftragen, gegen die grundlegenden Paragraphen des Entwurfes zu stimmen. Aber alle Welt hat den Eindruck, daß die Deutsche Volkspartei seit Wochen die Weiterberatung des Entwurfes sabotiert, indem sie einmal eine unüberwindliche Fülle von Abänderungs-Anträgen zum Entwurf im Bildungsausschuß einbringt und indem sie außerdem jeder endgültigen Bindung ausweicht und ihre Zustimmung zu den grundlegenden Paragraphen nur für vorläufig erklärt. Die Volkspartei hat offenbar die Absicht, die Beratung des Reichsschulgesetzes so zu verzögern, daß die erste Lesung nicht vor Neuwahl beendet wird und daher im alten Jahr die zweite Lesung nicht mehr stattfinden kann. Damit würde aber der Entwurf bereits halb und halb begraben sein, da von Januar ab die Reichstagsverhandlungen durch die Staatsberatung auf Monate hinaus vollkommen ausgesetzt sind und Zeit zur Verabschiedung größerer anderer Gesetzesvorlagen dann kaum noch übrig bleibt. Im Herbst des Jahres aber sind Neuwahlen.

Es ist aber nun nicht etwa so, daß dieser Eindruck nur bei der Opposition besteht, sondern das Zentrum selbst steht stark unter dem Eindruck, daß die Volkspartei die Verabschiedung des Schulgesetzes sabotieren will. Besonders hat das Zentrum in dieser Beziehung daran Anstoß genommen, daß die letzte Entschließung des Parteivorstandes und des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, die vor ein paar Tagen in der gemeinsamen Sitzung gefaßt wurde, auf das Schulgesetz überhaupt nicht einging, sondern daß offenbar die Behandlung des Reichsschulgesetzes auf den 21. November, d. i. auf die Tagung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei, vertagt worden ist. Am Freitag nimmt der „Parlamentarische Dienst“ des Zentrums das zum Anlaß, um der Deutschen Volkspartei mit dem Austritt aus der Koalition zu drohen, wenn diese Sabotage-Politik fortsetze, und ihr ein Ultimatum zu stellen. Das als offiziell zu betrachtende Organ, das offenbar nicht ohne Zustimmung der besten Parteiführer vorgeht, schreibt u. a. folgendes:

„Wir können uns auf Grund genauer Beobachtung der Dinge der Befürchtung nicht verschließen, daß in dieser Frage von Seiten der Deutschen Volkspartei eine unklare, nicht von den Erfordernissen der Politik, sondern der Taktik beeinflusste Haltung eingenommen wird. Die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei im Ausschuß eingebrachten Anträge scheinen förmlich darauf angelegt zu sein, nicht nur die Verhandlungen zu verzögern, sondern das Gesetz selbst zu unterhöheln. Wir sprechen die Befürchtung offen aus, daß es manche Kreise innerhalb der Deutschen Volkspartei gibt, die auf ein Scheitern des ganzen Gesetzes hinarbeiten.“

Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß falls das Zentrum in dieser Frage keine befriedigende Aufklärung erhält, damit unter Umständen auch die Frage des Weiterbestehens der Koalition für das Zentrum auf würde.

Mit Recht ist diese Äußerung von der Presse als ein Eingeständnis eines tiefen Zerwürfnisses über die Schulvorlage innerhalb der Regierungskoalition aufgefaßt worden, und mit Recht hat man darin eine Verleugnung des offiziellen Optimismus gesehen, den der Stellvertreter des Reichsausschusses, Hertz, in seiner Mainzer Rede zur Schau trug.

Dieser Paragraf des Zentrums gegen die Deutsche Volkspartei ist aber bislang vollkommen wirkungslos geblieben. Am Gegenteil, das Zentrum hat sich dabei eine scharfe Zurückweisung geholt, die, wenn das Zentrum darauf nicht weiter unternimmt, für sie eine schwere Niederlage herbeiführen dürfte. Nämlich schon am Tage, nach dem der eben erwähnte Artikel erschienen war, am Sonnabend, 14. November, hat die Deutsche Volkspartei, Außenminister

Stresemann, in seiner Rede in Halle ausdrücklich auf das Reichsschulgesetz zu sprechen und wies mit aller Deutlichkeit diese Drohung der Zentrumspresse zurück, indem er unter anderem mit erhöhter Stimme sagte, daß keine Drohung die Deutsche Volkspartei veranlassen könne, ihre liberalen Grundzüge aufzugeben. Nichts wie weniger auf sie, als die ausgesprochene Drohung, daß mit dem etwaigen Nichtzustandekommen des Reichsschulgesetzes auch die Koalition stele. Sachlich fügte er dann noch hinzu, er anerkenne zwar den Elternwillen, aber er wünsche nicht, daß dem Elternwillen sogar durch Errichtung neuer nicht lebensfähiger Schulen Rechnung getragen würde. Das Deutschtum sei das erste und die Religion das zweite, das höchste aber sei der religiöse Friede und die Zusammenfassung der nationalen Kräfte.

Eine solche Abfuhr hat sich das Zentrum von seinen eigenen Koalitionspartnern seit langem nicht mehr geholt. In jedem Wort, das Stresemann hier sagt, liegt eine schwere Verleugung der Anschauungsweise des Zentrums. Besonders bemerkenswert an diesem Vorgang ist noch, daß diese Rede Stresemanns bereits am Sonnabend gehalten wurde und daß über sie die Zentrumspresse schon am Sonntag früh berichtete. Heute, am Montag, ist aber noch nicht bekannt geworden, daß das Zentrum nun aus seiner Drohung auf die Konsequenzen ziehen wird, sondern es scheint, daß das Zentrum auch diese schwere Zurückweisung, wie so oft schon, wieder ruhig einstecken wird. Kennzeichnend ist außerdem, daß die Provinzpresse des Zentrums zwar über die Rede Stresemanns kurz berichtet, daß sie aber die vorhergehende Drohung des offiziellen Zentrumsorgans ihren Lesern verschweigt. Sie will damit ihre Leser über die Niederlage, die das Zentrum erlitten hat, hinwegtäuschen.

Welches Durcheinander übrigens in dieser Frage innerhalb der Regierungskoalition herrscht, zeigen noch zwei weitere Aussetzungen hervorragender Mitglieder des Reichskabinetts aus den letzten Tagen. So sagte auch Hertz in Mainz: „Die Koalition stehe und falle mit der Reubellischen Vorlage“, was Stresemann nicht hinderte, trotzdem in Halle zu reden, wie geschickter. Außerdem aber sagte Hertz noch, daß der Gang der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz zu Optimismus Anlaß gebe und daß es zu einem Kompromiß kommen werde und müsse. Über nicht nur, daß Hertz durch die vorhin zitierte Zentrumsstimme in seinem Optimismus Lügen, gestraft wird, auch Stegerwald vertrat einen ganz entgegengesetzten Standpunkt. Er sagte nämlich in seiner letzten Wahlversammlung in Darmstadt: Er halte es für eine Unmöglichkeit, daß sich der Reichstag auf eine bestimmte Schulart festlege, denn für keine von ihnen sei eine Mehrheit vorhanden. Da aber eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erreichen sei, solle man lieber auf das Reichsschulgesetz verzichten, als einem schlechten Kompromiß zustimmen. Außerdem lehnte Stegerwald es ab, die Schulfrage als eine Koalitionsfrage zu betrachten. Also nicht einmal zwischen den beiden Spezialverbündeten in der Schulfrage, den Deutschnationalen und dem Zentrum, ja sogar im Zentrum selbst besteht Einigkeit über die Schulfrage. Die einen sind für ein Kompromiß, die anderen dagegen, die einen drohen mit der Auflösung der Koalition, die anderen wollen die Koalition davon unberührt lassen. Ja, sogar auf das ganze Gesetz zu verzichten, ist ein Teil des Zentrums bereit. Wahrscheinlich, ein Bild für Götter, diese Koalition!

Damit sind die neuen Gegensätze in der gegenwärtigen Regierungskoalition aber noch nicht erschöpft. Die Rede Stresemanns in Halle enthält nämlich außerdem auch eine scharfe Polemik gegen den deutschnationalen Justizminister Hertz, der in seiner schon erwähnten Mainzer Rede an der deutschen Außenpolitik ziemlich scharfe Kritik geübt und festgestellt hatte, daß die Locarnopolitik eine schwere Enttäuschung gebracht habe. Stresemann betonte in seiner Hallenser Rede im Gegensatz dazu aufs energischste, daß diese Auffassung seines Kollegen Hertz vollkommen falsch sei. Von einer Enttäuschung in der Außenpolitik könne keine Rede sein. Außerdem aber unternahm Stresemann in dieser Rede auch einen Vorstoß gegen seinen Ministerkollegen Schiele, und zwar in der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Es ist ja kein Geheimnis, daß diese Handelsvertragsverhandlungen auch jetzt immer noch nicht vorwärts kommen wollen, weil der Landbund und sein Vertrauensmann im Kabinett, Schiele, der-polnischen Landwirtschaft in der Zollfrage nicht entgegenkommen wollen. Auch gegen diese polemisierte Stresemann, indem er sagte, daß zwar die deutsche Volkswirtschaft die Kaufkraft und die Produktion der Landwirtschaft dringend benötige und daß es daher Pflicht sei, bei Handelsvertragsverhandlungen auf die Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen, ohne gewisse Konzessionen an Agrarländer sei es aber nicht möglich, eine entsprechende Handelsvertragspolitik zu treiben. Stresemann fordert also hier ganz deutlich Konzessionen der deutschen Agrarier an Polen, um endlich die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen durchführen zu können. Um ihnen dieses Zugeständnis zu erleichtern, fordert er, daß das Reich besonders auf die Entschuldung der Landwirtschaft sein Augenmerk richten müsse.

Wie ernst Stresemann die sachlichen Gegensätze in der Regierungskoalition betrachtet, ergibt sich daraus, daß er es für nötig hielt, in seiner Hallenser Rede seine Parteifreunde ausdrücklich auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß schon vorzeitig Wahlen stattfinden würden. Man denkt also in der Deutschen Volkspartei ebenfalls schon an die vorzeitige Auflösung des Reichstages.

Somit ergibt sich, daß die Feststellung, die wir vor ein paar Tagen gemacht haben, daß in Berlin Krisenluft wehe und daß die gegenwärtig herrschende Regierungskoalition sich in einer schweren Krise befinde, durchaus richtig ist und daß alle Beruhigungsversuche des Zentrums oder anderer Interessenten an dieser Tatsache nichts ändern.

## Anschläge auf den Gouverneur von Bombay

Bombay, 14. November. Daily Telegraph meldet auf Bombay Anschläge auf das Leben des Gouverneurs von Bombay, Leslie Wilson. Danach wurde nach Pastoren des Sonderjünges des Gouverneurs auf dem Weg nach Pune entdeckt, daß die Schienen beschädigt worden waren. Später, als der Gouverneur in Phaltan war, traf die Meldung ein, daß ein Versuch unternommen werden würde, entweder den Zug zum Entgleisen zu bringen oder eine Bombe auf Wilson zu werfen.

# Die Finanzen der Post.

## Mitteilung des Reichspostministers.

Berlin, 11. November. In der heutigen Arbeitssitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost gab der Reichspostminister einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Postfinanzen. Danach hat die Erhöhung der Postgebühren im August, September, Oktober genau die Mehreinnahme gebracht, die von der Reichspostverwaltung errechnet war. Ein unglücklicher Einfluß der Tarifherabsetzung auf die allgemeine Preisbildung sei ersichtlichermesse nicht gegeben. Die Mehreinnahme für das laufende Rechnungsjahr wird auf etwa 180 Millionen veranschlagt. Dieser Mehreinnahme steht im Verhältnis zum Ordentlichen Voranschlag ein Mehraufwand von 302 Millionen gegenüber, der veranlaßt ist durch die bevorstehende Besoldungserhöhung, durch die seit dem 1. April bereits laufenden Erhöhungen der Wohnungsgelder der Beamten und der Arbeitertarifföhne, durch die vorgelegenen Betriebsverbesserungen und durch laufende Ausgaben, die ihrer Natur nach nicht auf Anleihen genommen werden können. Zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben werden Einrichtungen, die für das laufende Jahr vorgesehen waren, so weit wie möglich zurückgestellt und die Betriebskosten auf das geringstmögliche Maß beschränkt. Die im Gange befindlichen Reformen vor allem im Post-, Schalter- und Fernsprechnetz werden hierdurch nicht beeinträchtigt werden. 174 Millionen Anlageausgaben sollen aus Anleihen bestritten werden. Die Frage, wie die Aufnahme der Anleihen bewirkt werden wird, ist bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes noch nicht entschieden.

# Letzte Nachrichten.

## Der Streit in der rheinischen Textilindustrie beendet.

Barmen, 14. November. Der Streik der rheinischen Textilindustrie gefällte Schiedspruch ist heute nacht nach zehntägiger Verhandlung für verbindlich erklärt worden. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden in einem besonderen Abkommen geregelt. Nach dieser Verbindlichkeitsklärung und den neuen Vereinbarungen wird die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen.

# Aus Schlesien.

## Munition im Walde.

### Ein merkwürdiger Fund. — Was sagt die Reichswehr dazu?

Einen sonderbaren Fund machten Schützen im Ort Agnetendorf im Walde bei Ober-Hermshof im Riesengebirge. Beim Spielen stießen sie plötzlich auf ein leeres verrostetes großes Paket mit Gewehrmunition und Revolvermunition. Sie benachrichtigten den Vater des einen Kindes, der wiederum sofort der Polizei von dem Funde Mitteilung machte. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß die Munition nicht im geringsten angefeuchtet war, so daß sie erst kurze Zeit an dieser Stelle gelegen haben kann. Das eigenartige aber ist, daß man zwischen der Munition drei Stempel fand. Der eine war ein Kompaniestempel des Hirschberger Jägerbataillons, der zweite Stempel lautete „Hauptmann und Kompagnieführer“ und der dritte war ein sogenannter Datumstempel mit den Worten „Hirschberg, den.“. Bisher war es noch nicht möglich, die Herkunft der Munition festzustellen, vor allem, wie die Stempel in dieses Paket hineingelangt sind und zu welchem Zweck die Munition im Walde versteckt wurde. Allgemein wird vermutet, daß die Munition für irgendeine nationalistische Organisation gedacht war, die sie sich an der bezeichneten Stelle abholen sollte. Es muß abgemartet werden, welche Auffklärung das Hirschberger Gebirgsjägerbataillon in dieser Angelegenheit zu geben vermag.

## Konferenz der Landeshauptleute der preussischen Provinzen.

Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst vom Verband der preussischen Provinzen geschrieben wird, fand am 3. November 1927 eine Sitzung der Landeshauptleute der preussischen Provinzen statt, die sich mit der immer schwieriger werdenden finanziellen Lage der Provinzen, insbesondere den von der Konferenz als ungenügend bezeichneten Steuerüberweisungen und Dotationen befaßte. Zur Kraftfahrzeugesteuer wurde beschlossen, eine wesentliche Erhöhung der jetzigen Sätze zu fordern. Als weitere Punkte sind zu nennen: Die Entwürfe des Wandererführergesetzes, des Straßengesetzes und des Bewahrungsgesetzes, die Gasfernverförmung sowie die Schwierigkeiten, die sich bei der Beilegung von Kreuzungen von Straßen mit Eisenbahnen ergeben.

## Die Waldburger Eingemeindung.

Vom Preussischen Innenministerium weilten jetzt Ministerialdirektor Dr. von Leyden und Oberregierungsrat Dr. Graf von Hardenberg sowie der Vizepräsident der Breslauer Regierung, Oberregierungsrat Götte, dieser Tage in Waldburg, um über die Schaffung Groß-Waldburgs zu verhandeln. Die Vertreter der für die Eingemeindung in Frage kommenden Gemeinden, sowie Vertreter des Bergbaues, der Industrie, der Arbeiterschaft, der Handelskammer und die Landtagsabgeordneten aus dem Kreise brachten ihre Wünsche zur Eingemeindung vor. Von einigen kleineren Bedenken abgesehen, erklärten alle Vertreter die Notwendigkeit der Schaffung einer großen Gemeinde an. Die Vertreter des Staatsministeriums vertragen eine beschleunigte Bearbeitung und Entscheidung. In Anbetracht der Überlastung des Landtages ist mit der Verabschiedung des erforderlichen Gesetzes jedoch vor dem 1. April 1928 kaum zu rechnen.

## Ein grauenhafter Kindermord vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht Glatz hatte sich die 26 Jahre alte Witwe Julie Schönlitz geb. Leiber, aus Schreibendorf, zu verantworten. Die Anklage legte ihr zur Last, im August 1926 durch Fahrlässigkeit den Tod ihres vier Monate alten Sohnes Wilhelm verursacht zu haben, ferner einen Monat später die 1 1/2 Jahre alte Tochter Elsie zusammen mit ihrem Viehhüter, dem Schäfer Fulde, vorzüglich getötet zu haben. Die Angeklagte war, als ihr erster Mann im März 1926 starb, Mutter dreier Kinder und ein vieres Kind kam nach dem Tode ihres Mannes zur Welt. Fulde hatte die Kinder nie gesehen. Ganz besonders traf dies auf die kränkelnde Tochter Elsie zu, von der er erklärte, daß sie eine Last für beide sei und am besten aus der Welt geschafft werde. Tatsächlich hat Fulde auch das Kind durch einen Trübsch getötet und in Abwesenheit der Angeklagten im Rohungsbereich verbrannt. Die Angeklagte hat, wie die Beweisaufnahme ergab, ihrem Viehhüter bei dieser verbrechlichen Tat Beihilfe geleistet. In dem zweiten Verleugungsstück hat die Angeklagte, daß sie dem durch die geringe Ernährung des kleinen Kindes Wilhelm am 16. August die Milch weggenommen habe und daraufhin das Kind allein liegen gelassen habe. Als sie von einer Besorgung zurückkam fand sie das Kind tot. Als sie den Tod des Kindes erfuhr, war sie außer sich und hat, wie die Beweisaufnahme ergab, dem Staatsanwalt die Angeklagte in der Verhandlung nicht mit aller Klarheit bekannt, in dem hier ein Preispruch erfolgte. Wegen Beihilfe zum Mord ist jedoch das Gericht auf sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust. Der Vertreter der Anklage hat 10 Jahre Zuchthaus angetragen. Die verübte Untat ist ein Verbrechen, das nur durch die Strafe angeht.



Gegen den Hauptangeklagten in diesem Prozeß, den Schmied Jude aus Breslau, konnte nicht mehr verhandelt werden, als ihm die Antikörper in der hiesigen Strafkolonie aufgestellt wurde, möchte er seinem Leben durch Erhängen ein Ende, nachdem er vorher in selbstmörderischer Absicht gegen 30 Gegenstände (Messer, Gabeln usw.) verhängt hatte, die ihm immer wieder auf operativem Wege genommen wurden.

Die schreckliche Tat der beiden Angeklagten kam ans Tageslicht, als die Witwe Schönig ihren Geliebten, mit dem sie bald nach der Tat ein Komadenleben führte, von Ort zu Ort bettelnd zog, und der sie hilflos behandelt und oft geschlagen haben soll, in Berlin des Mordes an ihrem Kinde bezichtigt. Diese Angelegenheit wurde ihr, wie die Verhandlung ergab, selbst zum Verhängnis.

### Schulungskursus der Arbeiter-Samariter.

Zu einem Schulungskursus hatte die Bezirksleitung Breslau die Funktionäre der dem 1. Bezirk des 16. Kreises angehörenden Arbeiter-Samariter-Kolonien am Sonnabend und Sonntag zusammenberufen. Der Kursus bezweckte, die Tätigkeit, die von den verschiedenen Funktionären zu bewältigen ist, spezialisiert zu behandeln, damit es den Funktionären noch mehr als bisher möglich ist, zum Wohle ihrer Kolonnen zu wirken. Kreisleiter Genosse Richter behandelte das Bundesstatut. Er umriß die Entstehungsgeschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes, der 1908 in Wagnersdorf gegründet wurde und erläuterte dann das Bundesstatut, das sich auf der Basis einer Zentralorganisation aufbaut. Die Ziele der Organisation, Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft haben ausreichend Belehrungseffekt.

Anschließend behandelte Bezirksleiter Genosse Fiebzig die Stellung des Arbeiter-Samariters im deutschen Reich. Er erörterte die Paragraphen des Strafgesetzbuches und des Bürgerlichen Gesetzbuches, die dem als Samariter tätigen Menschen verschiedene Verpflichtungen auferlegen, die es von den Mitbürgern zu beachten gelte, wenn für die Organisation keine Nachteile entstehen sollten. Anschließend sprach Kreisleiter Genosse Sahib über die Aufgaben der Kolonnenleiter, wobei er beachtenswerte Hinweise über eine einheitlich gestaltete Rufführung machte, die Gewähr bietet, schnell und sicher die Finanzen einer Kolonne zu verwalten.

In einem weiteren instruktiven Vortrag referierte Genosse Niedig über den Verkehr mit Behörden und der Presse, wobei er an Hand von praktischen Beispielen den auf diesem Gebiet tätigen Funktionären nützbringende Fingerzeige gab. Zum Schluß sprach Genosse Richter über die Arbeiten der einzelnen Funktionäre, wobei er erwähnte, daß es zum Gelingen der Organisation erforderlich ist, wenn jeder einzelne, der durch das Vertrauen der Mitgliedschaft mit einer Funktion

betraut wird, alles daran setzen muß, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Die Techniker der Kolonnen tagten gesondert und beschäftigten sich unter der Leitung des Kreisleiters Genossen Suchy mit Ausbildungsfragen. Praktische Übungen vervollständigten manche bestehende Pläne.

Der Schulungskursus, der den in der Arbeiter-Samariter-Bewegung tätigen Funktionären notwendiges Wissen vermittelt, hat dazu beigetragen, Unklarheiten über die Arbeiten der Funktionäre richtig zu stellen. Er wird aber auch insofern Erfolge zeitigen dadurch, daß das Geleitete Aufgabenbewußtsein findet bei der Ausbreitung des Arbeiter-Samariterwesens. Mit der Unterstützung, unabhängig weiterzuarbeiten an der edlen Aufgabe zum Wohle des Proletariats, schloß Genosse Fiebzig den von 70 Funktionären der Kolonnen Bernstadt, Breslau, Brieg, Deutsch-Wilfa, Sundersfeld, Ohlau, Oels, Kamslau, Neutrich, Stabelwitz und Streßeln besuchten Schulungskursus. —

Waldenburg. Gegen die Stilllegung der Viktorgrube in Gottesberg. Die kürzlich mitgeteilte, beabsichtigte die Verwaltung der Viktorgrube, das Werk stillzulegen. Diese Maßnahme würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Gemeinden Kellhammer, Ober-Hermsdorf, Alt- und Neu-Wässig und zum Teil Gottesberg mit sich bringen, weil sich aus diesen Gemeinden die Bergarbeiter rekrutieren. Die vorbestimmten Gemeinden entsandten deshalb je einen Vertreter zum Reichswirtschaftsminister. Dieser erklärte ihnen, daß er die Angelegenheit eingehend prüfen werde, ehe er die Genehmigung zur Stilllegung der Grube geben werde.

Gottesberg. Krankheit trieb ihn in den Tod. Ein Invalide von der Niederstraße hat im Brauereibetrieb zwischen Gottesberg und Nieder-Hermsdorf seinem Leben ein Ende gemacht, weil er schon längere Zeit krank war und an einer Wiedergeschuldung zweifelte.

Schweidnitz. Von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen. Vor einiger Zeit war der Maurer Koch aus Leutmannsdorf zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Freund angeklagt haben sollte, sein Kind zu ermorden. In der Berufungsinstanz stellte sich heraus, daß die Anklage aus lächerlichen Nachrichten herfuhr und Koch wurde freigesprochen.

Glück. Vorfahrt mit Hundehölzern im Heu! Ein achtjähriges weggeworfenes glimmendes Streichholz, wurde dem Maurer Josef Franz aus Boppendorf zum Verhängnis, als er auf dem Heuboden des Gastwirts Zimmer nächtigte. Er verursachte dadurch den Brand des Zimmermanns Wohnhauses. Bei dem wegen vorläufiger Brandstiftung Angeklagten nahm das Gericht jedoch

nur fahrlässige Brandstiftung an und erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Vier Monate Untersuchungshaft wurden Franz auf die zu verbüßende Strafe angerechnet. — Immerhin eine große Verbilligung. Da das Urteil ebenso ausgefallen wäre, wenn es sich nicht um einen Maurer, sondern um den Herzog von Ratibor gehandelt hätte, wegen mir zu bezweifeln.

Landes. Zwei folgenschwere Autounfälle. Auf der Puhustrasse wurde der Dachbeder Philipp aus Konradswalde von einem Lastauto, das einem entgegenkommenden Gelspan ausweichen wollte, mit großer Wucht gegen einen Straßeneck gequetscht, daß er verblutend zusammenbrach und ins Krankenhaus gebracht wurde. Sein Fahrrad war nur noch eine formlose Masse. — Ein ähnliches Schicksal ereilte einen Landwirt, der aus einem Geschäft kommend beim Überqueren des Ringes das Tüten eines herankommenden Autos nicht vernommen hatte. Im gleichen Augenblick schlug er zu Boden und das Gesicht ging über ihn hinweg. Auch er mußte sofort zum Arzt gebracht werden.

Reinick. Bestialische Rohheit. Tierquälerei haben sich in gemeinsamer Weise an dem Jagdhunde eines hiesigen Einwohnern vergangen. Mit einer Mistgabel richteten sie das arme Tier so zu, daß Vorder- wie Hinterkörper Stück an Stück auf Heilung des Tieres ist fraglich.

Rabishau. Das Auge ausgegossen. Ein tragisches Geschehnis ereilte ein Fräulein Neumann aus Mühldorf. Auf dem Wege von Rabishau nach Mühldorf wurde sie plötzlich von einem Schuß getroffen. Sie schleppte sich noch bis nach Hauke, von wo sie am gleichen Abend ins Krankenhaus nach Hirschberg gebracht werden mußte. Der Schuß war über dem linken Auge eingedrungen und führte zum Verlust des linken Auges, das rechts in Mitleidenschaft gezogen. Die Persönlichkeit der Täter ist festgestellt, es handelt sich um zwei Schützen, die auf Anstehen waren und das Ziel verfehlt hatten. Der Vorfall ist um so tragischer, als das junge Mädchen am Vorabend ihrer Hochzeit stand.

Görlitz. 20. Schlesiäches Musikfest. Das 20. Schlesiäches Musikfest in unserer Stadt ist für die Zeit vom 20. Mai bis 3. Juni 1928 festgelegt worden. In einer vorbereitenden Sitzung, die am 3. November stattfand, wurden die verschiedenen Kommissionen gewählt und Ausschüsse zusammengesetzt. Der Programm-entwurf ist wie folgt zusammengesetzt: 1. Tag: Sinfonie von Haydn. Klavierkonzert von Mozart (Solist Schnabel). 7. Sinfonie von Bruchner. — 2. Tag: H-moll-Messe von Bach (Keldbirgner Professor Dohm). — 3. Tag: Vorspiele zu „Parsifal“ von Wagner. Konzert für Orchester opus 39 von Hindemith. Doppelkonzert von Brahms (Solisten Hubermann und Plattgorst). 5. Sinfonie von Beethoven. Chor aus „Messias“ von Händel.

## Bekanntmachung!

- Die für Dienstag, den 15. November 1927, anberaumte Wahlen für die Arbeitgeber findet **am 15. November** statt, weil nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht worden ist. Die auf dieser verzeichneten Personen gelten als gewählt.
  - Die Wahlen für die Beschäftigten finden, wie bereits bekannt gemacht, am **Mittwoch, den 16. November (Bußtag), von 10—17 Uhr**, und am **Donnerstag, den 17. November 1927, von 12—19 Uhr**, statt.
- Gewählt wird nach den Betrieben der Arbeitgeber in 13 Wahlabteilungen, die mit den Anfangsbuchstaben der Arbeitgeber bezeichnet sind. Das Wahllokal ist die Turnhalle am Seifingplatz.
- Folgende Wahlabteilungen sind gebildet worden:
- Wahlabteilung 1: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **A. B.**
  - Wahlabteilung 2: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **C. D. E.**
  - Wahlabteilung 3: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **F. G.**
  - Wahlabteilung 4: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **H. I.**
  - Wahlabteilung 5: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **K. L.**
  - Wahlabteilung 6: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **M. N. O.**
  - Wahlabteilung 7: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **P. Q. R. S.**
  - Wahlabteilung 8: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **T. U. V. W. X.**
  - Wahlabteilung 9: umfaßt die Arbeitgeber mit den Anfangsbuchstaben **Y. Z. A. B. C.**
  - Wahlabteilung 10: für die Zwischenmeister.
  - Wahlabteilung 11: für die freiwilligen Mitglieder.
  - Wahlabteilung 12 und 13: für die Erwerbslosen, soweit sie von der Arbeitslosenfürsorge Unterstützung beziehen u. bei der Kasse gemeldet sind.

Als Ausweis für die „freiwilligen Mitglieder“ gilt die Eintrittskarte, für die „Arbeitslosen“ die Arbeitslosenkarte.

Da die Wahlschüsse befugt sind, die Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, so empfiehlt es sich, eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung über das Beschäftigungsverhältnis mitzubringen.

Breslau, den 12. November 1927. 14029

Der Vorstand der Allgemeinen Ortsrentenkasse zu Breslau.

### Auf den städtischen Friedhöfen

#### Gräbern und an der Döwiger Straße

werden demnächst, wie alljährlich, alte Grabstätten, deren Ruhezeit jetzt abgelaufen ist, — d. h. die seit länger als 25 Jahren belegt sind — eingeebnet, sofern nicht bis Ende Dezember 1927 Anträge wegen Weitererhaltung (Verlängerung des Anrechts) gestellt werden. Diese Verlängerung wird gegen Zahlung des entsprechenden Entgelts, aber immer nur auf einen fünfjährigen Zeitraum, zugelassen, also vorläufig nur bis zum Ablauf des 30. Jahres nach der Beerdigung. Näheres ergeben die Ausrufe, die im Friedhofsgebiete, sowie an den Eingängen zu den Inspektionsbüros der Friedhöfe und zu dem Vermählungsbüro — Büro XVIII Abteilung Friedhöfe „Am der Elisabethkirche 3/4“ Erdgesch., ausgehängen sind.

Auch die Pfarrämter der beteiligten Kirchengemeinden werden entsprechende Auskunft erteilen.

Breslau, den 10. November 1927.

Der Magistrat.

Meine Sprechstunde ist von jetzt ab

### Ohlauer Stadtgraben 16 I.

werktäglich (außer Sonnabend) 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, sonst nach telefonischer Verabredung (Ohle 295).  
Privatklinik: Sanatorium Friderici, Parkstraße 2.

### Dr. med. Hermann Simon

Primärarzt am Allerheiligen-Hospital  
Facharzt für Chirurgie. 1406

### Fleischverkauf an jedermann!

Die städtische Freibaut verkauft, auch an Nichtkassenzahler, von Montag, den 14. November 1927 ab, soweit der Vorrat reicht, täglich von 1/2 2 Uhr bis 4 Uhr nachmittags, außer am 15., 16. und 18. November, und später außer Mittwochs und Freitags, frisches Auslands-Rindfleisch. 14058

### Passende Weihnachts-Geschenke

Reichhaltige Auswahl, modern: Schreibstisch, Eiche und Nußbaum; Bücherstühle, Eiche und Nußbaum; Spiegelstühle, Eiche und Nußbaum; Stühle, Schreibstisch mit Leder von 35,00 an; Geschenkgüter in jeder Preislage; **Wassermelonen in Coblenz und Pflanz; Fargardorobren, Russch. Socken, Notenschneider, Grammophonstische, Notenschätze, Auszugliche jeder Art.** Alles großwert. Teuerlichung gestattet!

### Albert Nowotny

Weidenstraße 22/24. 14060

### Hosen-Tage

nenn die Hosen aber...



### Sonn- u. Alltags-Hosen

in allen Preislagen, da Selbstanfertigung sehr billig

### Oskar Dehmel

Breslau Neumarkt 43

### David Referentenfürer

Volksrecht-Behandlung (Noten, Anzeigen)

### Kappel das neueste Modell



geräuschloser Wagenrücklauf automatische Umschaltsperrle

### Büro-Bedarfsgesellschaft Breslau

A. v. Kondratowicz  
Breslau II, Tauentzienstraße 53  
Verlangen Sie bitte kostenloses Angebot oder Vorführung!

### Für Bußtag

aus Montag, Dienstag eintreffenden Waggons in der

### Nordsee



Böhmer Str. 2 Neue Schweltditzer Str. 5a  
Schmiedstraße 19 Andersenstraße 2  
Lignitz, Breslauer Straße 27

### in blutfrischer Qualität

Prachtvoller 1406

Ostsee-Dorsch	Pfund nur	26 Pf.
Grüne Heringe	Pfund nur	28 Pf.
Goldbars	ohne Kopf, Pfund	36 Pf.
Seelachs	ohne Kopf, Pfund	42 Pf.
Schellfisch	ohne Kopf, Pfund	42 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf, Pfund	48 Pf.
Weiße Koteletts	Pfund nur	65 Pf.

**Sonder-Angebot:**  
Frachtvolle Kiste netto fette **Sprossen** 1 Pfund **68 Pf.**  
Ausgewogen 1/4 Pfund nur **20 Pf.**  
Prims **Räucher-Schotten** Stück **13 Pf.**

### Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lerne die Weltsprache Esperanto die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

### Arbeitsmarkt

### Maschinisten

für Namen per sofort gesucht.

Bewerbungen mit Zeugnissen unter A. 104 an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

### Stadttheater

Montag 20 bis 22.45  
Lay u. Zimmermann

Dienstag 20 bis nach 22.30  
H. Hoffmann, Serie F

### Hoffmanns Erzählungen.

Mittwoch 19.45 bis gen. 22.30  
Patefina.

### Schauspielhaus.

Operettenbüro. 14064  
Tel. Stephan 3530.  
Täglich 20 Uhr:

„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!“  
Sonntag 19.11, Uhr:  
Die Birlusprinzessin.

### Lobe-Theater

Tel. Ring 6774.  
Montag, Dienstag, 20 Uhr:

Standal um Däg  
Mittwoch (Bußtag) 22 Uhr:  
„Penthesilea“

### Thalia-Theater

Tel. Ring 6700.  
Täglich 20 Uhr:  
Grenadier Feins.

### Der beste Arzt

gegen Grippe ist **Gilwain** von feurigem Valencia-Rotwein

Flasche 1.20

### Hertzberg & Co.

Borchonstraße 40  
Bühlplatz 17-18  
Lachstraße 10  
Klosterstraße 64  
Michaelstraße 3

### Möbel-Speicher

Erhalten folgende Möbel  
Bücherregal, Kommode, Tisch, Stuhl, Sessel, Sofa, Kissen, Teppich, etc.

Erhalten: 125  
Erhalten: 125  
Erhalten: 125  
Erhalten: 125

Erhalten: 125  
Erhalten: 125  
Erhalten: 125  
Erhalten: 125

### Die Ballspiele als Einheitslehre

Von Dr. Max Apel.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. November.

Was zahlte die Allgemeine Ortskrankenkasse an Arzthonoraren im Jahre 1926?

Von den Gegnern der Ortskrankenkassen wird neben vielen anderen Unrichtigkeiten auch stets die Behauptung aufgestellt, daß die Kosten der Verwaltungskosten die eigentliche Gesundheitspflege...

Table with 2 columns: Number of doctors, Amount paid in March, Average amount. Rows show data for 45, 71, 78, 42, 34, 114, 38, 10 doctors.

Für die Kasse waren 486 Ärzte tätig, sie zahlte an diese 2014 806 Mark, jedoch im Durchschnitt auf einen Arzt 4145 Mark...

Diese Zahlen sprechen für sich. Wenn sie die Gegner der Ortskrankenkassen, ohne zu lügen, widerlegen können, seien sie hiermit dazu aufgefordert.

Saben Sie schon ein Programm

Am Abend für Körperbildung, der am Samstag, Mittwoch, den 16. November, 17 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses...

Für jeden wird dieser Abend etwas Neues bringen. Aus der Schule aus dem Kindertum werden allen Eltern und Erziehungsberufen die neuesten Methoden der Pflege der Leibesübungen für die Kleinkinder vermittelt.

Sichern Sie sich einen Platz! Erwachsene 60 Pfennig und Jugend 40 Pfennig nur an der Kasse.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Unter diesem Losungswort hatte am Sonnabend der Distrikt 11 seine Mitglieder zusammengerufen, um eine festliche Stunde zu begehen, die gleichzeitig vielen Rückschlüssen für ihr ferneres Wirken im Dienste der Partei sein sollte.

Freunden der Sache gebient haben, wäre die Arbeiterschaft heute noch wirtschaftlich und politisch rechtlos. Unser Ziel, die Klassenherrschaft zu beseitigen und durch die sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen, ist noch nicht erreicht.

Genosse Ritter dankte im Namen der Jubilare für die zuteil gewordene Ehrung und ermahnt die jüngere Generation, Klassenbewußtsein und Klassenstolz zu hegen.

Die Aufführung des Sprechers 'Licht' von Hermann Claudius durch Mitglieder der Breslauer Arbeiterjugend, gab der Feier eine weihewolle Note.

In den Breslauer Blumengeschäften

herrscht zurzeit Hochbetrieb, gilt es doch, bis zum nächsten Sonntag, dem Totensonntag, eine große Anzahl Kränze fertigzustellen, die nur zu einem kleinen Teile auf Bestellung gearbeitet werden.

Die Krankenkassen

und ihre segensreichen Einrichtungen, sowie ihre Verwaltung

sind

von ihren Gegnern stets zu Unrecht bekämpft worden, weil ihnen der Anteil an

der

Selbstverwaltung zu gering war. Sie wollen den Kranken die Rechte schmälern, die letzte Zuflucht rauben: Die Krankenkasse, der Kranken

Hort.

Verlichtete! Verteidigt die Schöpfung Gurer einst verfolgten Väter, und wählt am Samstag von 10-17 Uhr und Donnerstag von 12-19 Uhr in der Lesingturnhalle

Liste 1

Die Jugendstrafrechtspflege, eine Personenfrage.

Im Rahmen einer Vortragsreihe veranstaltete die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge im Schwurgerichtssaal einen Vortragsabend, der sich mit der Jugendstrafrechtspflege befaßte. Frau Professor Andrae, die im Auftrage der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge an dem 7. deutschen Jugendgerichtstag in Stuttgart im September 1927 teilgenommen hatte, erstattete über diese Tagung, die sich besonders mit dem Thema: 'Die Jugendstrafrechtspflege, eine Personenfrage', befaßt hatte, eingehend Bericht.

Anschließend sprach Amtsgerichtsrat Seifert, der im Auftrage der Justizverwaltung an der Stuttgarter Tagung teilgenommen hatte, über die Personenfrage bei Jugendrichtern und Jugendstaatsanwälten.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Theater und Musik.

Lobe-Theater.

„Standal um Oly“ von Heinrich Heine.

Das Stück ist im Grunde nur eine verwässerte und vergräbernde Wiederholung des bekannten Lustspiels von Ludwig Thoma: 'Moral'. Während Ludwig Thoma aus der Satire auf die Moralheuchelei, das Pharisäertum und die doppelte Moral der sogenannten guten Gesellschaft eine Charakterkomödie machte...

tüchtig und freut sich auch der kräftigen Bloßstellung der Heuchler, aber eine tiefere Wirkung wird kaum erzielt.

Unter Kurt Ehres temperamentvoller Spielleitung wurde flott gespielt. Die Ausstattung war geschmackvoll, besonders gefiel mir die Veranda im ersten Bild. Den Darstellern muß man das Zeugnis ausstellen, daß es ihnen gelang, aus den Mannequins wirkliche Menschen zu machen.

Ludwig Hardt.

Imel Vortragsabend.

Ludwig Hardt, einer der bedeutendsten Regisseure Deutschlands, sprach im Kammermusiksaal. Nebenbei im großen Saale über der Sing-Adademie-Chor mit Orchesterleitung. Hardt kam herein, kein Wort Mundes, aber mit dem schärften Kopf eines durchsichtigen Mannes.

Trampeltier ging um die Ecke (oder so ähnlich, eine Tierprotokolle von Scheerbart), sprechend mit einem Tonfall und Gesicht, daß man fast gleich die friedfertig überhängende Oberlippe und die ängstlich-lächerlichen Hinterbeine des Kamels vor sich sah. 'Da lachte der Wolf'. Fanfarentum, blühende Augen, ungeheurer Wurf des ganzen Armes.







# Reichswirtschaftsrat und Arbeitsschutzgesetz.

Die Zweigstelle Breslau des Reichswirtschaftsrates... Die Arbeitsschutzgesetz... Die Reichswirtschaftsrat... Die Arbeitsschutzgesetz... Die Reichswirtschaftsrat... Die Arbeitsschutzgesetz...

Die zum Teil recht bedenklichen Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates über den Hauptteil (88-16) des Entwurfs zum Arbeitsschutzgesetz dürfen nicht zu der Auffassung verleiten, als ob nun bereits die Beschließung des Gesetzentwurfes schon eine feste Tatsache sei. Zunächst handelt es sich ja nur um ein Gutachten; die Entscheidung liegt beim Reichstag. Die vielfach durch eine Zufallsmeinung entschiedenen Abstimmungen im R. W. R. sind nicht das wesentliche. Die Bedeutung der Stellungnahme des Sozialpolitischen Ausschusses des R. W. R. liegt in der Tatsache, daß die Arbeitnehmerabteilung, d. h. alle freien Gewerkschaftsrichtungen in der Hauptsache bei den Bestimmungen völlig einmütig und geschlossen vorgegangen sind. Gegen das geschlossene Votum der Arbeitnehmer — sie haben sich auch das Recht gesichert, ein Sondergutachten zu erstatten — durfte der Reichsarbeitsminister es nicht wagen, ein Arbeitsschutzgesetz zu schaffen.

Im einzelnen gelang es bei vielen wichtigen Punkten des Gesetzentwurfs, vor allem auch in der Arbeitszeitfrage, den Arbeitnehmern nicht, ihren Wünschen zu entsprechen, aber das kann niemand überraschen. Beim Geltungsbereich des Gesetzes wurden die Streichungsanträge der Arbeitnehmer gegenüber den vielen Annahmestimmungen, abgesehen von der Fälligkeit, abgelehnt. Den Arbeitgebern gelang die Ausschließung des Gartenbaus mit landwirtschaftlichem Charakter. Die Arbeitgeber versuchten, wenigstens alle Arbeitnehmer unter die Vorschriften zu den Betriebsgeräten zu bringen. Es gelang ihnen jedoch nur die Unterstellung aller Arbeitnehmer unter die Bestimmungen, wonach dem Reichsarbeitsminister die Befugnis zum Erlass von Vorschriften über die Beschaffenheit von Maschinen und Betriebsrichtungen gegeben werden, also die allgemeine Unterstellung unter den Maschinen-schutz.

In der Arbeitszeitfrage standen sich die Auffassungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander besonders scharf gegenüber. Bei der anderen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit wurden einige von den Arbeitgebern beantragte Erweiterungen angenommen, insbesondere wurden den außergewöhnlichen Ereignissen auch Witterungseinflüsse gleichgestellt. Bei dem Kapitel: Ununterbrochene Arbeit stand die Frage des Zweie- oder Dreischichtensystems im Vordergrund. Die Arbeitnehmer forderten, das Zweischichtensystem überall durchzuführen; sie drangen damit nicht durch, jedoch kam eine Einigung zur Annahme, in der die baldige Erlegung des Zweischichtensystems durch das Dreischichtensystem gefordert und der Reichsarbeitsminister ersucht wird, das Zweischichtensystem nur dort und soweit bestehen zu lassen, als volkswirtschaftliche Notwendigkeiten dazu gezwungen seien. Die Arbeitnehmer widersprechen der befristeten Aufrechterhaltung des Zweischichtensystems. Bei den Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, sowie bei der Frage der Arbeitsbereitschaft drangen ebenfalls wesentliche Anträge der Arbeitnehmer nicht durch. Für die Führer von Privatkraftfahrzeugen wurde eine 72stündige Wochenlichtdauer — nicht Wochenarbeitszeit, wie es irrtümlich in dem Pressebericht des R. W. R. heißt — ausschließlich des Sonntags im Durchschnitt zweier Wochen und für die Führer der Begleiter sonstiger Kraftfahrzeuge und Führer einer 72stündigen Wochenlichtdauer einschließlich des Sonntags im Durchschnitt zweier Wochen zugelassen. Bei dem Problem der Mehrarbeit wegen dringenden Bedarfs fielen die Forderungen der Arbeitgeber, die 240 Stunden-Mehrarbeit auf 600 zu erweitern und ebenso die Forderung der Arbeitnehmer auf Streichung der 60 Stunden Mehrarbeit zu freier Verfügung des Arbeitgebers und auf Einschränkung der vorliegenden 240 Stunden auf 120. Bei der Mehrarbeitsvergütung fiel der Antrag der Arbeitnehmer, den Mehrarbeitszuschlag um 25 Prozent auf alle Arbeitnehmer auszuweiten. Beim § 16, der den Geltungsbereich des Entwurfs über § 1 hinaus wesentlich einschränkt, gelang es den Arbeitnehmern, zu verhindern, daß das ganze Königreich dem Gesetzentwurf entzogen wurde. Der Begriff des Familienhaushaltes, der auch andere, nicht mit dem Betriebsbetrieb verwandte Personen, umfassen kann, wurde erst durch den Begriff des Familienbetriebs, der nur Familienmitglieder umfaßt. Die Jugendlichen sollen auf jeden Fall den Bestimmungen des Jugend- und Arbeiterinnenschutzes des Entwurfs unterstellt bleiben.

Der Rest des Entwurfs wird, wie wir erfahren, vom Reichswirtschaftsrat bis Ende Januar, vom Hauptauschuß des R. W. R. bis Ende Februar durch beraten werden. Bis dahin dürfte auch der Reichsrat mit der Beratung der bisherigen Gutachten fertig geworden sein. Bisher sind nicht weniger als 300 Sachverständige gehört worden, davon allein 252 zur Arbeitszeitfrage.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung. Niedrige Wahlbeteiligung. Nicht alle Wähler konnten abgefertigt werden. Berlin, 18. November. Unter stärkster Beteiligung wurde heute in Berlin zur Angestelltenversicherung gewählt. Gegenüber 1922, wo nur 58 000 Stimmen abgegeben wurden, zählte man heute 188 985 Stimmen. Diese ganz unerwartet starke Wahlbeteiligung hat vielfach zu großen technischen Schwierigkeiten geführt. U. a. stellte sich vielfach heraus, daß die bis 3 Uhr befristete Wahlzeit nicht ausreichte oder die Wahlumschläge nicht rechtzeitig, so daß viele Wähler unter Protest die Wahlstätte verließen, da sie unabgefertigt blieben. Die Auszählung der auf 18 Wahlzettel verteilten Stimmen findet erst in den nächsten Tagen statt. Wie in Berlin war auch im übrigen Reich die Wahlbeteiligung über alle Erwartungen stark. So wurden in München 17 000 Wähler gegenüber 9800 bei der letzten Wahl gezählt. In Hamburg, wo auch noch morgen gewählt wird, wurden heute schon 27 000 Stimmen gegen 11 400 bei der vorigen Wahl abgegeben. In Guben wurden 1164, in Cottbus 1884 Stimmen abgegeben. Wie ein Montagblatt meldet, weist das Berliner Hauptwahlamt darauf hin, daß die Beteiligung an der Wahl vorher nicht zu übersehen gewesen wäre. Sollten in einzelnen Bezirken Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, die sich auf die Tatsache berufen, daß wegen mangelnder Wahlumschläge ein Teil der Wähler nicht mehr zur Wahl zugelassen werden konnte, so seien diese Proteste berechtigt.

Neue Lohnbewegungen in der Textilindustrie. In der Textilindustrie Westfalens wurde von den Arbeitnehmern eine Lohnforderung von 30 Prozent angemeldet. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung glatt ab und riefen den Schlichtungsausschuß zur Hilfe an. In Münsterland wurde für die Textilindustrie ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, wonach die Löhne ab 1. November um 10 Prozent erhöht werden. Das bedeutet für die unteren Lohnklassen (14-18 jährige) eine Erhöhung bis zu 20 Prozent. Die Akkordlöhne wurden je nach der Höhe der Löhnerdienste um 3 bis 10 Prozent erhöht. In der niederrheinischen Seidenweberei wurden durch ein neues Lohnabkommen die Zeilöhne um 10 Prozent erhöht. Zugleich erfolgte eine Gleichstellung in der Entlohnung der Frauen mit der der Männer, wodurch für die Frauen eine Erhöhung bis zu 23 1/2 Prozent herauskam. Neben der Erhöhung der Zeilöhne erfolgte eine Erhöhung der Akkordlöhne um 1-5 Prozent. Im Herforder Bezirk wurden die Textilarbeiterlöhne durch ein Abkommen, das vom 1. November 1927 bis 31. Mai 1928 läuft, um 10 Prozent erhöht. Ebenso erfolgte eine Erhöhung der Akkordlöhne.

Streit in der westdeutschen Kanalschiffahrt. Dortmund, 12. November. Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 24. Oktober, der eine durchschnittliche 10prozentige Lohnerhöhung in der westdeutschen Kanalschiffahrt vorschlägt, abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben daraufhin auf Veranlassung des Verkehrsverbundes die Arbeit niedergesetzt. Die Arbeitnehmer verweigern bisher auch, wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, die Abigung von Schiffen mit Lebensmitteln und dergleichen. Der ganze Verkehr auf dem Dortmund-Embs-Kanal bis Embden ruht. Die gegenwärtige Lohnvereinbarung läuft noch bis zum 31. Dezember.

Krankenversicherung der Seelente. Das Reichskabinett erteilte dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seelente seine Zustimmung. Der Entwurf wird nunmehr dem Reichsrat zugeleitet werden.

Die Notlage im englischen Bergbau. Vorschläge der Bergarbeiter zu ihrer Befreiung. Eine Deputation des englischen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus dem Präsidenten Smith und Richardson, sprach am Freitag bei dem britischen Arbeitsminister vor, um ihn auf die dringende Notwendigkeit eines Eingreifens her-

270 Mark sind in den letzten Tagen einem Rentner aus seiner Wohnung, Rospoststraße 10, gestohlen worden. Von einem Jagdwagen überfahren wurde am Sonnabend mittag der Schüler Walter Kurzbach, Schönstraße 18, an der Brunnen- Ecke Neudorfstraße, als er den Fahrdamm überschreiten wollte. Der Knabe wurde am Kopfe verletzt und erlitt einen Hüterguß am rechten Auge und Hautabschürfungen und wurde durch den Knöchel des Wagens in das Wenzel-Hande-Krankenhaus eingeliefert. Raddiebstahl. Es gelang, einen Rutscher festzunehmen, der in der Klosterstraße ein Motorrad gestohlen hatte. Das Rad konnte dem Geschädigten wieder zurückgegeben werden. Ein Arbeitsburche, der in Krappitz ein Rad gestohlen hatte, konnte, als er es hier verkaufen wollte, ebenfalls festgenommen werden. Weiter erfolgte die Festnahme eines Schloßers, ebenfalls wegen Fahrraddiebstahls. Straßenraub. Einem Fräulein wurde am Sonnabend nachmittag in der Kleindorfstraße, Ecke Horn-Allee, von zwei unbekanntenen Männern gewaltsam eine braune Manteltasche entziffen. Die Täter vermochten zu flüchten.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung. Niedrige Wahlbeteiligung. Nicht alle Wähler konnten abgefertigt werden. Berlin, 18. November. Unter stärkster Beteiligung wurde heute in Berlin zur Angestelltenversicherung gewählt. Gegenüber 1922, wo nur 58 000 Stimmen abgegeben wurden, zählte man heute 188 985 Stimmen. Diese ganz unerwartet starke Wahlbeteiligung hat vielfach zu großen technischen Schwierigkeiten geführt. U. a. stellte sich vielfach heraus, daß die bis 3 Uhr befristete Wahlzeit nicht ausreichte oder die Wahlumschläge nicht rechtzeitig, so daß viele Wähler unter Protest die Wahlstätte verließen, da sie unabgefertigt blieben. Die Auszählung der auf 18 Wahlzettel verteilten Stimmen findet erst in den nächsten Tagen statt. Wie in Berlin war auch im übrigen Reich die Wahlbeteiligung über alle Erwartungen stark. So wurden in München 17 000 Wähler gegenüber 9800 bei der letzten Wahl gezählt. In Hamburg, wo auch noch morgen gewählt wird, wurden heute schon 27 000 Stimmen gegen 11 400 bei der vorigen Wahl abgegeben. In Guben wurden 1164, in Cottbus 1884 Stimmen abgegeben. Wie ein Montagblatt meldet, weist das Berliner Hauptwahlamt darauf hin, daß die Beteiligung an der Wahl vorher nicht zu übersehen gewesen wäre. Sollten in einzelnen Bezirken Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, die sich auf die Tatsache berufen, daß wegen mangelnder Wahlumschläge ein Teil der Wähler nicht mehr zur Wahl zugelassen werden konnte, so seien diese Proteste berechtigt.

Neue Lohnbewegungen in der Textilindustrie. In der Textilindustrie Westfalens wurde von den Arbeitnehmern eine Lohnforderung von 30 Prozent angemeldet. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung glatt ab und riefen den Schlichtungsausschuß zur Hilfe an. In Münsterland wurde für die Textilindustrie ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, wonach die Löhne ab 1. November um 10 Prozent erhöht werden. Das bedeutet für die unteren Lohnklassen (14-18 jährige) eine Erhöhung bis zu 20 Prozent. Die Akkordlöhne wurden je nach der Höhe der Löhnerdienste um 3 bis 10 Prozent erhöht. In der niederrheinischen Seidenweberei wurden durch ein neues Lohnabkommen die Zeilöhne um 10 Prozent erhöht. Zugleich erfolgte eine Gleichstellung in der Entlohnung der Frauen mit der der Männer, wodurch für die Frauen eine Erhöhung bis zu 23 1/2 Prozent herauskam. Neben der Erhöhung der Zeilöhne erfolgte eine Erhöhung der Akkordlöhne um 1-5 Prozent. Im Herforder Bezirk wurden die Textilarbeiterlöhne durch ein Abkommen, das vom 1. November 1927 bis 31. Mai 1928 läuft, um 10 Prozent erhöht. Ebenso erfolgte eine Erhöhung der Akkordlöhne.

Streit in der westdeutschen Kanalschiffahrt. Dortmund, 12. November. Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 24. Oktober, der eine durchschnittliche 10prozentige Lohnerhöhung in der westdeutschen Kanalschiffahrt vorschlägt, abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben daraufhin auf Veranlassung des Verkehrsverbundes die Arbeit niedergesetzt. Die Arbeitnehmer verweigern bisher auch, wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, die Abigung von Schiffen mit Lebensmitteln und dergleichen. Der ganze Verkehr auf dem Dortmund-Embs-Kanal bis Embden ruht. Die gegenwärtige Lohnvereinbarung läuft noch bis zum 31. Dezember.

Krankenversicherung der Seelente. Das Reichskabinett erteilte dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seelente seine Zustimmung. Der Entwurf wird nunmehr dem Reichsrat zugeleitet werden.

Die Notlage im englischen Bergbau. Vorschläge der Bergarbeiter zu ihrer Befreiung. Eine Deputation des englischen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus dem Präsidenten Smith und Richardson, sprach am Freitag bei dem britischen Arbeitsminister vor, um ihn auf die dringende Notwendigkeit eines Eingreifens her-

Regierung zum Zwecke der Hebung der Notlage des Bergbaus aufmerksam zu machen. Die Deputation stellte fest, daß die Zahl der Arbeitslosen im Bergbau im gegenwärtigen Augenblick mehr als 250 000 beträgt und sich die Lage von Tag zu Tag verschlechtert. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten unter anderem: 1. Abschaffung des 6 Stunden-tages im Bergbau; 2. zwangsweise Zusammenlegung der Industrie; 3. Beschleunigung des Hausbaus; 4. finanzielle Hilfe zum Ausbau der Industrie für die Verarbeitung von Nebenprodukten; 5. Pensionen für Bergarbeiter vom 60. Lebensjahre an. Der Arbeitsminister versprach, die Anregungen des Bergarbeiterverbandes sofort zu beraten.

**Landkreis Breslau/Neumarkt.**  
SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.  
Versammlungskalender.  
Achtung!  
Alle Ortsgruppenführer sowie die in der Kommunalpolitischen tätigen Genossen und Genossinnen werden nochmals auf die am Mittwoch, den 16. November (Buktag), vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindende Kommunalkonferenz aufmerksam gemacht. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen.

**Wirtschaft.**  
Um die Gasfernversorgung.  
Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende „Große Anfrage“ eingebracht: Die Aktien-Gesellschaft für Kohlenverwertung in Essen beschäftigt ganz Deutschland mit einem Gasversorgungsnetz zu überziehen. Dieses Netz soll von Kohlenreiter zu Kohlenreiter geführt werden, um so die gewaltigen Gasemengen der Kokeren nutz- und gewinnbringender zu verwenden. Seit Monaten finden zwischen der Kohlenverwertungsgesellschaft und verschiedenen rheinischen Großstädten Verhandlungen über die Abnahme von Zehengas statt. Daneben laufen Verhandlungen mit den Provinzialverwaltungen von Rheinland und Westfalen über die Benutzung der Provinzialstraßen und über den Gaspreis für die Verteilungsgesellschaften, die sich in der Rheinprovinz und in Westfalen gebildet haben. Es hat bisher den Anschein, als wenn eine Einigung zwischen Stadt und Land bzw. den Provinzen mit der Kohlenverwertungsgesellschaft nicht zustandekommt. Bei der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung, die die Gasfernversorgung hat, halten wir es für dringend notwendig, daß der Staat sowie die Kommunen an der Gaserzeugung sowie an der Verteilung beteiligt werden. Dies ist um so mehr berechtigt, als auch der Staat Bergwerke besitzt. Wir fragen deshalb: Was will die Staatsregierung tun, um in dieser Frage die Interessen des Staates und des Volkes genügend zu wahren?

**Dividenden.**  
Die Berlin-Neuroder Kunstankastell weist für das letzte Geschäftsjahr einen Bruttoertrag in Höhe von 898 000 Mark aus (Vorjahr 818 000 Mark). Die Abschreibungen wurden von 222 000 Mark auf 233 000 Mark erhöht. Trotzdem steigerte sich der Reingewinn von 114 000 Mark im Vorjahr auf 164 000 Mark. Wie im letzten Abschluß wird eine Dividende von 5 Prozent verteilt.  
Die Westfälische Transport- u. G. in Dortmund konnte ihren Rohgewinn von 3,421 Millionen Mark im Vorjahr auf 3,747 Millionen Mark steigern. Aus dem Reingewinn von 315 000 Mark (im Vorjahr 57 000 Mark) wird eine Dividende von 6 Prozent verteilt.  
Die Tuchfabrik Aachen, vormals Süßkind und Sternau, verteilt eine Dividende von 10 Prozent (im Vorjahr 8 Prozent).

**Flaues Nebenproduktengeschäft in Deutsch-Oberschlesien.**  
Der Abfall von Kokernebenprodukten in Westschlesien ist im Oktober, wie stets um diese Jahreszeit, zurückgegangen. In Koksreiter waren fast überhaupt keine neuen Auftragsengänge zu verzeichnen, was darauf zurückzuführen ist, daß im Herbst und im Winter sowohl im Straßenbau wie in der Dachpappenindustrie nur geringer Bedarf vorhanden ist. Der Abfall in schwefelreichem Ammoniak, der gleichfalls Salpetermineralien unterliegt, geht in der vorgerückten Jahreszeit stets zurück. Die Nachfrage nach Benzol ist weiterhin ungenügend.

**Breslauer Produktenbörse vom 12. November.**  
Tägliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 12. November 1927 gemeldeten Preise in Reichsmark der oberrheinischen Weizen (nach für vorläufig alle den Erzeugerpreise) in halben Wagenladungen. Tendenz: Getreide Brotgetreide weiter fest. — Mehl: Stärker festgelegt.

	12. 11.		11. 11.	
	12. 11.	11. 11.	12. 11.	11. 11.
Getreide:				
Weizen 74 kg	28.20	28.20	28.20	28.20
Roggen 71 "	26.00	26.00	26.00	26.00
Hafer "	20.80	20.80	20.80	20.80
Strawgetreide	27.00	27.00	27.00	27.00
Strawgetreide	26.00	26.00	26.00	26.00
Industriegetreide	22.00	22.00	22.00	22.00
einchl. Weizen	22.00	22.00	22.00	22.00
Mittlere Notierung in 100 kg				
Weizenmehl	47.00	47.00	47.00	47.00
Roggenmehl	38.00	38.00	38.00	38.00

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für 70 Liter, letztere Sorten werden höher bezahlt.

**Die Notlage im englischen Bergbau.**  
Vorschläge der Bergarbeiter zu ihrer Befreiung. Eine Deputation des englischen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus dem Präsidenten Smith und Richardson, sprach am Freitag bei dem britischen Arbeitsminister vor, um ihn auf die dringende Notwendigkeit eines Eingreifens her-

**Im niederschlesischen Steinbrotrezevier** wurden im September 477 541 Tonnen gebacken. Die Koksproduktion betrug 77 627 Tonnen, die Erzkohleproduktion 12 671 Tonnen. Es wurden 27 493 Arbeiter beschäftigt. Während das Hausbrandgeschäft immer noch verhältnismäßig gut war, führte die Abnahme in der Industrie zu einer Verminderung der Halbenbrotstände. Auch die Lage des Koksmarktes hat sich im Berichtsmonat mit Ausnahme des Westfälens abwärts weiter gebewegt.

**Werktätigkeit für unsere Zeitung!**

**Die Notlage im englischen Bergbau.**  
Vorschläge der Bergarbeiter zu ihrer Befreiung. Eine Deputation des englischen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus dem Präsidenten Smith und Richardson, sprach am Freitag bei dem britischen Arbeitsminister vor, um ihn auf die dringende Notwendigkeit eines Eingreifens her-

**Im niederschlesischen Steinbrotrezevier** wurden im September 477 541 Tonnen gebacken. Die Koksproduktion betrug 77 627 Tonnen, die Erzkohleproduktion 12 671 Tonnen. Es wurden 27 493 Arbeiter beschäftigt. Während das Hausbrandgeschäft immer noch verhältnismäßig gut war, führte die Abnahme in der Industrie zu einer Verminderung der Halbenbrotstände. Auch die Lage des Koksmarktes hat sich im Berichtsmonat mit Ausnahme des Westfälens abwärts weiter gebewegt.

**Durch Kaliklora weiße Zähne!**  
Fordern Sie nicht einen Zahnpasta, sondern Sie ausschließlich Kaliklora (zu 80 Pf. bzw. 50 Pf.)



# Aus aller Welt.

## Acht Frauen und Kinder verbrannt.

In einem vornehmen Mietshause von Chicago brach Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit durch den Dachstuhl schicht fortspalzte und viele im dritten Stock befindliche Personen einschloß. Acht Frauen und Kinder verbrannten, dreizehn erlitten Verletzungen. Ein Feuerwehrmann wurde bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt.

## Schweres Automobilunglück bei Celle, 4 Tote.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich Sonntag mittag auf der Landstraße von Winsen an der Aller nach Celle. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen kam beim Passieren der Dorger-Wäldchen ins Gleiten, durchbrach das Brückengeländer, überschlug sich und stürzte in die Dorger. Alle vier Insassen erlitten. Als Ursache des Unglücks wird ein Reifendefekt angenommen.

## Raubüberfall auf die Allgemeine Ortskrankenasse Berlin vereitelt.

Durch die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei konnte ein für diese Tage geplanter Raubüberfall auf die Kassenschatz der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin in der Köpenicker Straße vereitelt werden. Die vier Täter, die alle Vorbereitungen für den Überfall getroffen hatten, konnten ermittelt und verhaftet werden.

## Der Schuß auf den Hauswirt.

Die Schießerei in Berlin-Hakenfelde, wo der Landwirt Stauß von seinem Mieter, dem Bankbeamten Reich, erschossen wurde, ist von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Der Bankbeamte hat in der Tat den Hauswirt Stauß, der nachts in seinem Zimmer schlief, für einen Einbrecher gehalten und den Schuß aus einer Entfernung von drei Metern abgegeben. Reich ist heute aus der Haft entlassen worden.

## Bereiteter Mordversuch eines Gefangenen.

Der wegen Raubmordes an dem Kaufmann Lohmeyer in Gernsdorf zum Tode verurteilte und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte 23jährige Arbeiter Kurt Gole entwich Sonntag mittag aus der Irrenabteilung des Jellengefängnisses Moabit, wo er kürzlich zur Beobachtung untergebracht worden war, indem er während einer Freistunde der Gefangenen auf dem Gefängnishof mit Hilfe eines Mitgefangenen über die Gefängnismauer kletterte. Gole wurde von mehreren Beamten der Gefängnisverwaltung sofort verfolgt und auch alsbald wieder festgenommen.

## Ein berufsmäßiger Heiratschwindler.

Ein internationaler Abenteuerer stand am Sonntag wegen zahlreicher Heiratschwindelen und sonstiger Betrugsmanöver in der Person des „Jugendmenschen“ Richard Welt vor einem Berliner Gericht. Der angelegliche Jugendmann kam aus Bialystok und ist sogar in seiner Heimat Polen wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Es gelang ihm jedoch, zu fliehen und sich seitdem als Staatenloser in der Welt herumzutreiben. In Berlin brachte ihm ein Münzverbrechen drei Jahre Zuchthaus ein. Dann betrieb er Heiratschwindelen büromäßig, indem er sogar eine Stenotypistin engagierte, die die Liebesbriefe zu schreiben und den „Geschäftsverkehr“ zu überwachen hatte. Der Erfolg blieb nicht aus, zahlreiche Frauen fielen auf den Hochstapler herein, der jetzt zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

## Töblicher Unfall im Bergbau.

Auf der Zeche „Friedrich der Große“, Schacht III bis IV, bei Herne, fand Sonntag vormittag gegen 9 Uhr ein Laborant und ein Schloffer, die in der Kolerie (Benzolfabrik) beschäftigt waren, durch Einatmen giftiger Gase zu Tode gekommen. Beide Bergungslücke waren verkarstet. Ueber die Ursache des Unfalles ist man noch im Unklaren.

## Verhaftung einer Eisenbahnüberbande.

Der Jagdungsstelle der Reichsbahndirektion Essen ist es gelungen, eine Räuberbande festzunehmen, die in der Gegend von Hamm in Westfalen seit Wochen die Güterzüge beraubte. Die Diebe warfen an abgelegenen Stellen der Eisenbahnstrecken ihre Beute aus den Jügen und holten sie dann später selbst oder durch Helfershelfer ab.

## Verurteilung eines fahrlässigen Tierarztes.

Vor kurzem waren in Klingenthal (Erzgebirge) über 100 Fälle von Trichinose festgestellt worden. Die Untersuchung ergab, daß der im Schlachthof als Fleischbeschauer tätige Tierarzt Straß Schweinefleisch in vielen Fällen ohne Untersuchung abgenommen und zum Verkauf freigegeben hat. Straß wurde wegen dieses Verhaltens angeklagt und hatte sich vor dem Schöffengericht in Klingenthal zu verantworten. Nach heftiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens nach § 348 Abs. 1 StrGB zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon zwei Monate und zwei Wochen als verbüßt gelten. Von der Klage der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung erfolgt Freisprechung.

## Giltwort.

Dienstagabend verging der Kölner Theaterdirektor Franz Weitzel eine Dame keiner Toga. Hiernach verließ er vergebens nach seinem Leben durch Vergiftung ein Gabe zu machen. Nach einem Briefe, den er vor der Tat geschrieben hat, scheint ihn Antreue des Mädchens zu der Tat veranlaßt zu haben. In seiner Zeit beugte er Morphium. Weitzel war einer der erfolgreichsten Komiker Deutschlands.

## Schneefälle in Süddeutschland.

Bei hiesiger Temperatur — der Föhnwind weht 7 bis 8 Grad unter Null — scheint es seit Sonntagmorgen nördlich auf den Höhen des Schwarzwaldes, wo die Schneefälle bereits eine Stärke von zehn Zentimetern erreicht hat. In der vergangenen Nacht hat es auch in den Tälern leicht geschneit. Die Temperaturen liegen hier um den Gefrierpunkt herum. Eine Schneehöhe von zehn Zentimetern ist in den Tälern zu erwarten. Infolge Einflusses der Kälte und der Schneefälle nicht mehr zu erwarten.

## Ein Tabakrücker ist gesunken.

In eigenem Waldwäldchen in Pösch (Saargebiet) gab Dienstagabend ein Mann, der als Käufer antrat, einen Akkordvertrag auf den Gehäusenhaber ab, aber jedoch zu treffen. Darauf ergreift er die dortigen Schneefälle und klettert nach oben, um einen größeren Geldbetrag zu raubte. Der Polizei gelang es, den Räuber festzunehmen. Er soll aus dem Wald kommen und erst vor dem Verurteilen aus dem Gefängnis entlassen werden sein.

## Gerhart Hauptmann 65 Jahre alt.



Der deutsche Dramatiker Gerhart Hauptmann, der Dichter der „Weber“, des „Glorian Geyer“ und des „Biberpelz“, feiert am 15. November seinen 65. Geburtstag.

## Festnahme eines Scheckschwindlers.

Der von der Kriminalpolizei in Halle an der Saale gefuchte Scheckbetrüger Siener aus Halle wurde bei dem Versuch, bei der Gemeindeparisse Neuenhettelsau einen Scheck über 500 Mark unterzubringen, verhaftet. Einen über 800 Mark lautenden Scheck hatte der Betrüger bei einer anderen Kasse bereits untergebracht.

## Schlägerei mit tödlichem Ausgang.

In dem Dorfe Wene bei St. Goarshausen kam es bei einem Streite um eine Kuh zu einer Schlägerei, in deren Verlauf die drei Personen der einen streitenden Partei so schwer verletzt wurden, daß sie blutüberströmt in das Krankenhaus von St. Goarshausen transportiert werden mußten. Dort ist einer der Verletzten gestorben, während ein zweiter in bedenklichem Zustande daniederliegt.

## Zehnenunfälle.

Auf Zeche Diergardt bei Moers gerieten Freitag ein 24jähriger und ein 26jähriger Kohlenhauer unter herabfallendes Gestein und wurden verstimmt. Der eine war sofort tot; der andere starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ferner wurde gestern auf der Zeche Revisen ein 21jähriger Hauer durch einen Sprengschuß getötet.

## Mord und Selbstmordversuch.

Sonntag in der Morgenämmerung fand man in einem Auto auf dem Königsstuhl bei Heidelberg die Leiche einer etwa 40 Jahre alten Frau. Etwas später traf man im Walde einen umherirrenden Mann, der eine schwere Kopfverletzung trug. Der Verletzte, der dem akademischen Krankenhaus zugeführt wurde, hat anscheinend die Frau mit deren Einverständnis erschossen. Eine volle Aufklärung der Tat ist noch nicht vorhanden.

## Synthetischer Kautschuk.

In der Festigung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands vom Sonntag machte Geheimrat von Weizsäcker zum ersten Male authentische Mitteilungen über die Verjuche der I. G. Farbenindustrie zur Gewinnung von synthetischem Kautschuk. Die Patentverfahren und die Vorbereitungen seien so weit gediehen, daß man in der nächsten Zeit mit einer rationellen und wirtschaftlich lohnenden Herstellung beginnen werde. Der synthetische Kautschuk der I. G. stehe dem natürlichen durchaus nicht nach. Seine Produktionskosten ließen sich derart vermindern, daß er auf dem Weltmarkt erfolgreich mit dem natürlichen Kautschuk konkurrieren könne.

## Ein Polizeibeamter erschossen.

In der Nacht von Sonntag zu Montag geriet im Hotel „Zentralhof“ in Duisburg ein Schulpolizeibeamter mit einem Zivilisten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf der Zivilist einen Revolver zog und den Beamten durch fünf Schüsse tötete. Der Täter wurde verhaftet.

## D 1220 beim Start verunglückt.

Das Heinkel-Flugzeug D 1220 ist Sonntag früh 5.30 Uhr (mitteleuropäische Zeit) in Hattia gestartet. Nach dreimaligem Anlauf überschlug sich das Flugzeug beim Springen über eine Düne, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde. Das Flugzeug wurde wieder eingeschleppt und im Hafen an der Boje festgemacht. Die Besatzung ist unversehrt.

## Schiffswagen dritter Klasse ins Ausland.

Für den Sommerfahrplan, ab 15. Mai, ist der Verkehr deutscher Schiffswagen dritter Klasse ins Ausland vorgesehen, und zwar zwischen Berlin bzw. Hamburg und Stockholm sowie Göteborg und Oslo.

## Das Braut der Kafalda.

Der Kapitän des amerikanischen Dampfers „St. Antony“ berichtete bei seiner Ankunft in Buenos Aires, daß er am 2. November Braut auf das Braut der Kafalda aufgefunden sei, das ziemlich weit aus dem Wasser hervorgeht.

## Brandkatastrophe in Ungarn.

In der Nacht zum Sonntag brach in Bodrog an der ungarisch-slowakischen Grenze ein Brand aus, der infolge starken Sturmes eine außergewöhnliche Ausdehnung annahm. Bis Mitternacht waren vierzig Häuser vollstän- dig eingeäschert. Das Feuer griff aber immer weiter um sich, sodaß im Laufe des Tages weitere 300 Häuser teils zerstört, teils schwer beschädigt wurden.

## Schlägerei in Budapest.

In Budapest griffen drei angeheuerte Soldaten, die Sonntag nacht von einem Polizeibeamten zur Ruhe gezwungen wurden, den Beamten an und verletzten ihn schwer. Hierbei eilende Passanten verletzten, die Soldaten zu entwaffnen, worauf es zu einer allgemeinen Schlägerei kam, der einige aus einem nahegelegenen Wachzimmer herbeigerufene Schutzleute ein Ende machten. Im Verlaufe der Schlägerei erlitt einer der Soldaten erhebliche Verletzungen.

## Flugmotorleistungen.

Wie die Aero-Transportgesellschaft Stockholm mitteilt, stehen auf der Fluglinie Malmö-Amsterdam zwei Junkers L-5-Motoren, Kompressionsverhältnis 1:5,5 im regelmäßigen Luftverkehr, die die hohe Leistung von je 533 und 521 Stunden ohne Grundüberholung erreicht haben. An beiden Motoren wurden außer einigen Ventilverschleißleistungen keinerlei Überholungsarbeiten während dieser bedeutenden Betriebsstundenzahl vorgenommen. — Die Durchschnittsbetriebsstundenzahl ohne Grundüberholung eines Junkers L-5-Motors bei entsprechender Brennstoff- und Motorwartung beträgt über 300 Stunden. Von der Luftverkehrs-gesellschaft wird laut Veröffentlichung aber auch schon nach 125—150 Stunden die Notwendigkeit von Grundüberholungen als normal angesehen. — Es ist klar, daß solche Leistungssteigerungen die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs in starkem Maße beeinflussen.

## Zu lebenslänglicher Abkinnenz verurteilt.

Die Geschworenen der dänischen Stadt Kolding verurteilten einen 29jährigen Knecht, der im Kampf seine frühere Verlobte überfallen und sie mit einem Rasiermesser tödlich hatte, zu einigen Wochen Gefängnis und lebenslänglicher Enthaltsamkeit von jedem Alkoholgenuss. Das nicht allseitige Urteil wurde damit begründet, daß der Knecht von allen Seiten als tüchtiger und gutmütiger Mensch geschildert wird, der aber jedesmal, wenn er eine größere Menge Alkohol getrunken hat, außer Rand und Band gerät. Verfällt der Knecht wiederum dem Alkohol, so droht im Arbeitshaus.

## Das Gehirn von Anatole France.

Die Pariser Akademie der Medizin hat das Gehirn des großen französischen Dichters und Sozialisten Anatole France nach seinem Tode einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Dabei hat sich die überraschende Tatsache ergeben, daß dieses Gehirn nur ein Gewicht von 1037 Gramm besitzt, während das Durchschnittsgewicht des männlichen Gehirns 1300 Gramm ist. Die Hauptarterie liegt im Großhirn, das bei Anatole France rund 850 Gramm wiegt, fast 1100 im Durchschnitt. Allerdings sind die Hirnwindungen des großen französischen Schriftstellers bei weitem zahlreicher als beim DurchschnittsEuropäer.

## Unwetter über Bordeaux.

In der Gegend von Bordeaux tobte Sonntag nacht ein heftiger Wirbelsturm, der bedeutenden Sachschaden anrichtete. Die Elektrizitätsversorgung war zum Teil 18 Stunden unterbrochen. 20 Fischerboote wurden beschädigt, sieben ganz zerstört.

## Panik in der Pariser Oper.

Sonntagabend wurde im Vestibül der Opéra Comique in Paris von einem Besucher eine glimmende Zigarette achlos weggeworfen, wodurch einige Papierfesseln in Brand geriet. Der Brandgeruch veranlaßte eine Panik. Schnell herbeigerufene Feuerwehr konnte den Brand löschen, so daß wieder Ruhe eintrat.

## Ein Verkehrstunnel in New York.

Zwischen New York und New Jersey ist am Sonntag ein gewaltiger Autotunnel, der größte Verkehrstunnel der Welt, unter dem Hudson-Fluß eröffnet worden. Präsident Coolidge ließ von Washington aus auf elektrischem Wege zwei amerikanische Flaggen an den Eingängen des Tunnels hochgehen.

## 360 Milliarden jährliches Einkommen in Amerika.

Wie die Vereinigten Staaten „im Golde schwimmen“, zeigt der neueste Bericht des amerikanischen Büros für die inneren Einnahmen, nach dem die 117 Millionen Bewohner des Landes im Jahre 1926 ein Gesamteinkommen von 90 Milliarden Dollar oder etwa 360 Milliarden Mark hatten. Das amerikanische Einkommen hat sich danach seit 1921 um 108 Milliarden vermehrt, also um 42 Prozent. Das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung läßt sich danach mit 3076 Mark berechnen. Das jährliche Durchschnittseinkommen von Personen, die sich in einer gewinnbringenden Beschäftigung befinden, ist von 6540 M. im Jahre 1921 auf 8840 Mark 1926 gestiegen. Nach den Worten der offiziellen Statistik haben die Amerikaner damit „den höchsten Lebensstandard erreicht, der jemals von der Bevölkerung irgend eines Landes erreicht worden ist“. Denn das Wachstum der Einnahmen geht nicht mit einem Anwachsen der Preise Hand in Hand, sondern der Durchschnittspreis aller für das Leben notwendigen Gegenstände war 1926 niedriger als 1921.

## Das größte Schiffshebewerk der Welt.

Im Laufe der nächsten sechs Jahre fertiggestellt werden. Dieses Hebewerk, dessen Radel unser Bild zeigt, wird bei Nieder-Fluss am Großschiffsluisweg beim Sverdrup-Gebäude gebaut. Es soll einen Höhenunterschied von 66 Metern bewältigen, in dem Fall, wo der Wasserstand 2,2 Meter über dem Meeresspiegel steht und 2 Meter tiefer bei 1000 Tonnen Traglast mit einem besonderen System, wie in einem Bauwerk, gehoben werden.

